Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, sowie bei sämtlichen Agenturen frei ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exklusive Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage täglich nachmittags.

Fernsprech-Anschluß Nr. 353.

Volkswacht

Organ der Sozialdemokratie für das östliche Westfalen und die lippischen Fürstentümer.

Buchhandlung, Druckerei, Expedition und Redaktion: Schulstraße Nr. 20.

Insertionspreis
für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 15 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Inseraten-Annahme
bis 1/2 9 Uhr vormittags. Größere Inserate müssen bis 5 Uhr abends tags zuvor aufgegeben sein.

Druck und Verlag der Buchdruckerei und Buchhandlung „Volkswacht" A. Gerisch & Co., Bielefeld.

Nr. 40. Bielefeld, Mittwoch, 17. Februar 1909. 20. Jahrg.

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Ein schlauer Plan.

Wir haben unsern Lesern bereits mitgeteilt, von konservativer Seite habe man sich bereit erklärt, für eine Vermögenssteuer einzutreten, die zwar von den Einzelstaaten erhoben, aber in Gestalt von Matrikularbeiträgen dem Reich zugeführt werden sollte. Wir äußerten gleich Bedenken gegen die Aufrichtigkeit dieses Anerbietens und vermuteten dahinter eine neue Art von Drückebergerei. Es wäre doch auch zu merkwürdig, wenn die Herren Konservativen, welche es bisher so gut verstanden hatten, sich von allen Reichslasten zu drücken, nun auf einmal so opferfreudig geworden wären. Nun erklärt das Organ der Agrarier, die „Deutsche Tageszeitung", die sich übrigens zurzeit in einer schwesterlichen Auseinandersetzung mit der „Kreuzzeitung" über die Dividendensteuer befindet, folgendes: Vermögenssteuer, nun ja, aber wir wollen sie nicht zahlen. Das wird natürlich nicht einfach herausgesagt. Dazu ist das agrarische Blatt zu schlau.

Bisher dürfte in der Oeffentlichkeit meist angenommen worden sein, daß vom Reich das Gesetz über die Vermögenssteuer erlassen und alle Einzelheiten geregelt werden sollen. Aber davon wollen offenbar unsere Agrarier nichts wissen. Sie fürchten, daß im Reichstag auf ihren Geldbeutel nicht genug Rücksicht genommen werden wird und deshalb wollen sie die Entscheidung über die Ausgestaltung der Vermögenssteuer in die Landtage der Einzelstaaten verlegen. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt:

> Die lauten und die heimlichen Freunde der Nachlaßsteuer werden nicht müde, den Landwirten vorzureden, daß sie durch eine Reichsvermögenssteuer schärfer getroffen werden würden als durch die vorgeschlagene und vielleicht abgeänderte Nachlaßsteuer. Demgegenüber ist zunächst hervorzuheben, daß es sich nicht um einen Ersatz der Nachlaßsteuer durch eine Reichsvermögenssteuer handelt, sondern nur darum, daß die Einzelstaaten eventuell das durch eine Vermögenssteuer aufbringen, wofür durch das Fallenlassen der Nachlaßsteuer Ersatz geschafft werden muß. Die parlamentarischen Vertretungen der Einzelstaaten geben aber durchschnittlich eine weit größere Sicherheit, daß die Gestaltung der Vermögenssteuer Rücksicht auf die gegebenen verschiedenartigen Verhältnisse nimmt, als es bei dem Reichstage der Fall ist und sein kann. Wenn die Vermögenssteuer allzu drückend und ungerecht wäre, dann würde die Gegnerschaft sehr bald zutage treten, und es würde ihr weit leichter sein, Aenderungen herbeizuführen als im Reichstage. Dazu kommt noch ein zweites. Die Vermögenssteuer wird, abgesehen von einigen Ausnahmefällen, in der Regel nicht von der Substanz, sondern von dem Ertrage des Vermögens bezahlt werden, während die Nachlaßsteuer tatsächlich nur von der Substanz genommen wird. Was aber die rein ziffernmäßigen Verhältnisse anlangt, so wollen wir nur ein Beispiel anführen. Von einem Vermögen von 200 000 Mark wird in Preußen 100 Mark als Ergänzungssteuer gezahlt. Die Nachlaßsteuer würde bei einem Vermögen in dieser Höhe nach dem Entwurfe 4600 Mark betragen. Der Vermögensinhaber müßte also schon 46 Jahre die Vermögenssteuer entrichten, wenn er den Betrag erreichen wollte, der als Nachlaßsteuer von demselben Vermögen entrichtet werden müßte. Daß ein Besitzer 46 Jahre im Besitz seines Vermögens ist, dürfte eine sehr große Seltenheit sein. Wir möchten aber in diesem Zusammenhange nochmals hervorheben, daß wir es nicht für notwendig halten, auf eine Vermögenssteuer als Ersatz der Nachlaßsteuer zurückzugreifen. Es gibt andere, einwandfreiere, wirksamere und bessere Ersatzsteuern. Jedenfalls bleiben wir aber dabei, daß die von den Einzelstaaten erhobene Vermögenssteuer ein weit kleineres Uebel sei als die Nachlaßsteuer.

Unter den parlamentarischen Vertretungen, von denen man eine größere Rücksichtnahme auf die „gegebenen verschiedenartigen Verhältnisse", das heißt aus dem agrarischen Jargon in die deutsche Sprache übersetzt, auf die „Notlage" unserer Agrarier, zu erwarten hat, ist natürlich das preußische Dreiklassenparlament gemeint. Dort sind die Junker ja Herren und dort können sie dann in aller Ruhe die Vermögenssteuer so „an die Verhältnisse anpassen", daß sie selbst nichts mehr zu zahlen haben. Man mag von unsern Agrariern sonst denken, was man will, aber ob es noch einmal irgendwo auf der Welt so geniale Drückeberger gibt, wie sie, wird man bezweifeln müssen. Neugierig sind wir darauf, ob sich die linken Blockparteien von ihren geriebenen Brüdern auf der rechten Seite mit diesem schlauen Plan werden hineinlegen lassen. Möglich ist's schon.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Der rücksichtsvolle Militarismus. Die jetzt überall einsetzende fieberhafte Tätigkeit verschiedener größerer industrieller Werke auf dem Gebiete der Luftschiffahrt veranlaßte auch die Firma Adam Opel-Rüsselsheim, dem Bau von Luftschiffen und Flugmaschinen näherzutreten. Selbstverständlich wird sie in diesem Bestreben von der Militärbehörde nach Möglichkeit unterstützt. So wird gegenwärtig auf dem großen Truppenübungsplatze Griesheim bei Darmstadt eine große Halle von ca. 100 Metern Länge errichtet, die den Produkten der Firma als Aufenthaltsort dienen soll. und von der aus jedenfalls größere Probefahrten auf dem weiten Uebungsplatze unternommen werden sollen. Statt nun aber diese Halle von Privatunternehmern und ihren beschäftigungslosen Maurern herstellen zu lassen, zieht es die Militärverwaltung — auf deren Kosten sie errichtet wird — vor, eine Abteilung Pioniere von Mainz kommen und durch diese die Maurerarbeiten ausführen zu lassen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß der Ort Griesheim ein Dorf ist, in dem gegenwärtig Hunderte von Maurern beschäftigungslos sind.

So nimmt der Militarismus Rücksicht auf die Arbeiterschaft. Allerdings, die Arbeiter würden jedenfalls nicht so billig sein wie die Pioniere, denen eine Extralöhnung von 50 Pfg. täglich gewährt wird.

Ein neues Steuerkompromiß? Der „Germania" wird geschrieben, daß ein Kompromiß auf folgender Grundlage zu erwarten sei:

„Die Nachlaßsteuer und die Ausdehnung der Erbschaftssteuer fällt. Dafür werden die Matrikularbeiträge auf 1,60 Mk. im Maximum festgesetzt. An die Stelle der Gas- und Elektrizitätssteuer tritt eine Kohlensteuer, pro Tonne Steinkohle und Koks 25, pro Tonne Braunkohle 10 Pfg. Diese Steuer soll 60 Mill. Mark bringen.

Statt der Weinsteuer soll die Fahrkartensteuer beibehalten werden, statt der Inseraten- und Plakatsteuer bleibt die Zuckersteuer. Bier, Tabak und Branntwein sollen 275 Millionen Mark bringen, und der Rest von 40 Millionen Mark wird durch Erhöhung des Kaffeezolls von 40 auf 60 Mk. pro 100 Kilogramm gedeckt."

Es ist uns nicht ganz klar, auf Grund welcher Information das Zentrumsorgan in der Lage ist, dieses Kompromiß bekannt zu geben. Soll die Wiedervereinigung der Konservativen mit dem Zentrum die Geburt dieses Wechselbalges zur Folge haben? Jedenfalls würde bei diesem Kompromiß der größte Teil der Belastung auf die Schultern der Arbeiter fallen, und der Tabak würde in der ursprünglich beabsichtigten Stärke bluten müssen.

Lohnreduktionen bei der Eisenbahn. In der Königlichen-Eisenbahn-Hauptwerkstatt in Erfurt wurde bei den Eisendrehern eine 10prozentige Lohnreduktion vorgenommen. Bis zum 1. April 1907 erhielten die Arbeiter der Hauptwerkstatt eine kleine Teuerungszulage von 3—5 Mk. pro Monat, die von da ab in Wegfall kam gegen das Versprechen, daß der Stücklohn dementsprechend erhöht werden sollte. Auf einige Stücke wurde ja auch etwas zugelegt, von anderen dagegen aber wieder abgezogen. Jetzt nun wird ein Teil der Arbeiter abermals mit einer so erheblichen Lohnreduktion beglückt. Die Erbitterung unter den Arbeitern ist groß, weil sie der Meinung sind, daß die den Beamten gewährte Gehaltserhöhung von den Löhnen der Arbeiter wieder herausgeschunden werden sollen.

Sozialdemokraten im Schulvorstand. Der alte Gemeinderat der Stadt Straßburg, dessen Mandat im Juni 1908 abgelaufen war, hatte einige Monate vor seinem Ende der Regierung noch Vorschläge für den Ortsschulvorstand zu unterbreiten. Unter den Vorgeschlagenen befanden sich auch die Genossen Peiertes und Wolfes, die damals noch dem Gemeinderat angehörten. Inzwischen ist bereits ein Jahr verflossen. Die beiden Genossen waren mit den übrigen sozialistischen Gemeindevertretern der bürgerlichen Koalition unterlegen. Nichtsdestoweniger hat sich nunmehr der Bezirkspräsident vom Unterelsaß veranlaßt gesehen, die Vorschläge zu bestätigen, so daß nunmehr unsere beiden Genossen dem Ortsschulvorstand von Straßburg angehören.

Ein sozialdemokratischer Bürgermeister. Bei der Bürgermeisterwahl in Mörsch bei Karlsruhe wurde der von der sozialdemokratischen Partei vorgeschlagene Gemeinderat Fütterer mit 37 Stimmen gewählt.

Der Zentrums-Bürgermeister-Kandidat erhielt 30 Stimmen. Der Wahlkampf war ein äußerst heftiger.

Wer sich nicht fügt, der fliegt. Seit dem 1. April 1862 war der bekannte Schriftsteller Dr. Karl Frenzel als Redakteur an der „Nationalzeitung" tätig. Als dieses Blatt mit der „Post" verschmolzen wurde, setzte der Verlag den Mann, der dem Blatte 47 Jahre lang seine besten Kräfte gewidmet hatte, kurzerhand auf die Straße. Ihm wurde deshalb gekündigt, weil er nicht damit einverstanden war, daß die von ihm für die „Nationalzeitung" geschriebenen Artikel sofort auch für die „Post" verwendet werden sollten. — Genau so ist es auch anderen Redakteuren der „Nationalzeitung" gegangen. Sie mußten die Stätte ihrer Wirksamkeit verlassen, weil sie nationalliberale Artikel nicht in konservativem Sinne schreiben wollten oder konnten.

Protest gegen das Lehrerbesoldungsgesetz. Eine von 300 Vertretern rheinisch-westfälischer Stadt- und Landgemeinden besuchte Versammlung tagte am Montag in Düsseldorf, um Protest gegen das neue preußische Lehrerbesoldungsgesetz zu erheben. Der Protest richtete sich in der Hauptsache gegen die Bestimmung, wonach den Gemeinden mit über 7 Schulstellen die Staatsbeiträge genommen werden, und an deren Stelle Ergänzungszuschüsse nach der Bedürftigkeit treten sollen. Die Referenten Amtmann Beckermann-Eickel und Generalsekretär Sperling-Köln übten an dem Gesetz scharfe Kritik, das für die Lehrer insofern schlimme Folgen haben könne, als manche Gemeinden sich für den entgangenen Staatszuschuß an den fakultativen Ortszulagen der Lehrer schadlos halten werden. Nach lebhafter Diskussion wurde eine im Sinne der Referate gehaltene Resolution angenommen, die dem Herrenhaus unterbreitet werden soll.

Keine internationale Vereinbarung gegen Eingeborene. Die Nachricht bürgerlicher Blätter, es sei zwischen Deutschland und England ein Abkommen getroffen worden, wonach die in Afrika aneinander grenzenden Mächte Deutschland, England, Belgien und Frankreich sich im Falle von Eingeborenen-Aufständen gegenseitig Unterstützung leisten sollen, ist unrichtig. — Es wird offiziös mitgeteilt, daß ein solches Abkommen nicht geschlossen worden ist.

Gouverneur Rechenberg und die deutschen Pflanzer in Ostafrika. Freiherr v. Rechenberg ist Gouverneur von Ostafrika und hat in dieser Eigenschaft — in Uebereinstimmung mit dem Staatssekretär Dernburg — verschiedene Maßnahmen ergriffen, die den Schutz der eingeborenen Arbeiter betreffen. Den Pflanzern ist dieser Schutz zu weitgehend, sie verlangen das Recht auf schrankenlose Ausbeutung der Eingeborenen und sie werden darin durch die Haltung des Unterstaatssekretärs im Kolonialamt, v. Lindequist, bestärkt. Sie haben jetzt der bürgerlichen Presse einen Artikel zugehen lassen, in dem sie kategorisch die Entfernung des Freiherrn v. Rechenberg verlangen. Selbstverständlich verschweigen sie den eigentlichen Grund und führen eine Anzahl Handlungen des Gouverneurs an, die sich in ihrer Wirkung als verfehlt erwiesen haben sollen. Der Streit zwischen dem Gouverneur und den Pflanzern dürfte bei Beratung des Etats für Ostafrika eingehend erörtert werden.

Eine neue Auslegung des Vereinsgesetzes. Am 20. September vorigen Jahres sollte in Schönborn bei Breslau eine Versammlung unter freiem Himmel stattfinden. Der Amtsvorsteher Junker von Gossow verweigerte die Genehmigung mit der Begründung, daß in der dortigen Bevölkerung gegen das Treiben der Sozialdemokratie eine erbitterte Stimmung herrsche, und daß er deshalb Ueberschreitungen befürchte.

Der Einberufer der Versammlung, Genosse Parteisekretär Scholich, klagte gegen Gossow im Verwaltungsstreitverfahren und gestern hat Termin vor dem Kreisausschuß stattgefunden. Es wurden eine Anzahl Knechte und Tagelöhner des Amtsvorstehers sowie Ackerpächter und Gutsbesitzer als Zeugen vernommen, die bekundeten, daß sie auf die Sozialdemokratie nicht gut zu sprechen seien. — Der Kreisausschuß hat daraufhin für erwiesen erachtet, daß im Dorfe Schönborn gegen die Sozialdemokratie eine erbitterte Stimmung herrsche, die Ausschreitungen befürchten ließe, aus welchem Grunde die Klage kostenpflichtig abzuweisen sei.

Der Verfassungskampf in Mecklenburg. Die mecklenburgische Verfassungsfrage hat dazu geführt, daß im ganzen Lande Petitionen zirkulierten, die mit 40 000 Unterschriften bedeckt dem Großherzog durch eine Deputation übergeben worden sind. Der Großherzog versprach, die Reform unter allen Umständen durchzuführen. Demgegenüber verharrt die mecklenburgische Ritterschaft auf ihren Privilegien.

Marokko im Deutschen Reichstag. Der „Berliner Lokal-Anzeiger" schreibt: Das auf Wunsch des Reichstages zusammengestellte Marokko-Weißbuch liegt bereits gedruckt vor und ist den Mitgliedern der Budgetkommission vertraulich zur Kenntnisnahme mitgeteilt worden. Angesichts der durch das deutsch-französische Marokkoabkommen veränderten Sachlage ist aber kaum anzunehmen, daß das Plenum des Reichstages seinerseits noch Wert darauf legen wird, daß auch ihm das Weißbuch unterbreitet werde.

Die Vorlage des Weißbuches hat mit der glücklicherweise inzwischen erfolgten Verständigung mit Frankreich gar nichts zu tun. Will der Reichstag sich Einfluß auf die auswärtige Politik sichern, so braucht er als Grundlage seiner Kritik die Mitteilung der Akten. Allerdings, der Deutsche Reichstag will ja gar keinen Einfluß auf die auswärtige Politik haben!

Aus dem Reichstag.

Die Rechnungskommission beschäftigte sich am Montag wieder stundenlang mit der Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben der afrikanischen Schutzgebiete, des Schutzgebietes Neu-Guinea, der Verwaltung der Karolinen, Palau und Marianen sowie des Schutzgebietes Samoa für das Rechnungsjahr 1903. Aus der Reihe der Beanstandungen ist hervorzuheben, daß 224 929 Mk. 34 Pfg. für eine Kohlenlieferung aus einem früheren Jahre erst jetzt, nach Beendigung eines darüber angestrengten Rechtsstreites, zur Verrechnung kamen. Man hatte in der Kommission durch die Darstellung des Referenten die Auffassung gewonnen, daß es sich in dieser Angelegenheit um die Eigenheit eines Beamten handelt, der zum Nachteil des Reiches seinen Kopf durchzusetzen gesucht. Der Staatssekretär Dernburg bestritt die Richtigkeit dieser Auffassung und vertrat den Standpunkt, daß der Beamte lediglich die Interessen des Reiches gewahrt habe und durchaus korrekt gehandelt habe.

Da ein Urteil in der Frage nicht möglich, ja ohne zu wissen, wie sich die Differenzen ziffernmäßig darstellen, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt, bis diese vorgelegt. Nach einiger Zeit geschieht dies und es ergibt sich, daß die Kohlenhandlung 31 000 Mark mehr verlangt hatte, als das Gouvernement zahlen wollte. — Das eingesetzte Schiedsgericht stellte fest, daß die Forderung der Kohlenhandlung um 12 000 Mk. zu hoch gewesen. Die Kohlenhandlung gab sich mit dem um 12 000 Mk. reduzierten Betrage zufrieden. Dadurch war die Auffassung des Referenten widerlegt und der Rechnung wurde zugestimmt. Eine bedeutende Ueberschreitung wies die Rechnung für Bureaubedürfnisse, Porto usw. in Kamerun auf Hier waren 10 000 Mk. angesetzt und 49 850,69 Mk. verbraucht worden. Darunter befanden sich allein 81,95 Mk. für Radiergummi und 500 Mk. für Federn und Federhalter. — Der Staatssekretär erklärte die Posten durch Anlegung der Sachen gelegentlich der Erweiterungen der Verwaltung; sie würden ja nicht gleich verbraucht. Die Porto-Ueberschreitung des Gesamtpostens erklärt sich im allgemeinen dadurch, daß der Ansatz viel zu niedrig gewesen.

Aus dem Landtag.

In der Dienstagssitzung des Abgeordnetenhauses stand die Novelle zum Berggesetz auf der Tagesordnung. Bei der Begründung erklärte Minister Delbrück, daß das Unglück auf Zeche Radbod den Anlaß dazu gegeben habe. Genosse Leinert antwortete ihm in ausführlichen Darlegungen. Wir bringen den umfangreichen Bericht morgen. Die Beratung wird Mittwoch fortgesetzt.

Eine Lex Pappenheim.

Wenn sich die Rechte der preußischen Junkerkammer so furchtbar darüber entrüstet, daß sozialdemokratische Abgeordnete keinen Anstand nehmen, Handlungen der Mehrheit des Dreiklassenhauses beim rechten Namen zu nennen, so ist das nichts als unverfrorenste Heuchelei. Denn wie sehr diese Herren selbst eines parlamentarischen Knigge bedürften, bewies der an die Adresse eines sozialdemokratischen Abgeordneten gerichtete, während der Rede dieses Abgeordneten erfolgte Zwischenruf des Frhrn v. Pappenheim: „dieser Bengel!" Dieser Zwischenruf ist neu im Abgeordnetenhause, während die von sozialdemokratischer Seite gebrauchten Ausdrücke „blödsinnig" und „Gemeinheit", durch die sich die Mehrheit des Hauses so sehr choquiert fühlte, bereits in früheren Zeiten von bürgerlichen Abgeordneten gebraucht worden waren, wie sich aus dem „Verzeichnis unparlamentarischer Ausdrücke" in dem Werke des Direktors des Abgeordnetenhauses über die Geschäftsordnung des Hauses ergibt. Einen Abgeordneten als „Bengel" zu bezeichnen, war ein parlamentarisches Novum, das einzuführen das „Verdienst" eines konservativen Kammerherrn war!

Begreiflicherweise waren die Anstandsfexen der Rechten, die in der Wahrung der „Würde" des Hauses sogar von einem brutalen Gewaltstreich nicht zurückschreckten, wie ihn die vierfache Guillotinierung des Genossen Hoffmann bei der zweiten Beratung des Besoldungsgesetzes für die Geistlichen darstellte, sehr ärgerlich darüber, daß das Pröbchen konservativen und kammerherrlichen guten Tones durch Einverleibung in das amtliche Stenogramm der Mitwelt kundgetan und der Nachwelt auf-

bewahrt wurde. Sie sannen alsbald auf Mittel und Wege, um sich derartige Blamagen, eine derartige Aufdeckung ihrer Heuchelei für die Zukunft zu ersparen. So beschloß denn der Seniorenkonvent, daß in Zukunft — abweichend von dem bisherigen Brauche — Zwischenrufe überhaupt nicht mehr ins amtliche Stenogramm aufgenommen werden sollten. Dieser Beschluß scheint auch die Zustimmung des Präsidenten gefunden zu haben, denn seit einigen Tagen sucht man in den Stenogrammen vergeblich nach solchen Zwischenrufen.

Um also den Herren von der Rechten künftig nach Möglichkeit peinliche Verlegenheiten zu ersparen, hat man in aller Stille eine Lex Pappenheim geschaffen, durch die die Stenogramme künftig verstümmelt werden. Denn die Antworten der Redner auf Zwischenrufe sind jetzt vielfach völlig unverständlich.

Gegen Arbeiter als Grubenkontrolleure

machen nunmehr auch die oberschlesischen Zechenbarone mobil. In einer aus Oberschlesien stammenden Zuschrift an die „Schlesische Zeitung" wird rund und nett erklärt:

„Die Einführung der Arbeiterkontrolleure ist der erste und gefährlichste Schritt in den sozialistischen Staat hinein. Sie ist nichts anderes, als die Kontrolle der Arbeitgeber durch die Arbeiter, die Herrschaft der Masse, die soziale Republik"

Am Schlusse des Artikels wird dargelegt, daß die Novelle zum Berggesetz auf das Unglück auf Zeche Radbod zurückzuführen sei. Der Herrscher des Staates sendet einen seiner eigenen Söhne, um den Hinterbliebenen Trost zu spenden. Die sozialistischen Hetzer benutzen diese Gelegenheit in unglaublicher Gefühlsroheit, um im Angesicht des Todes bei dem Königlichen Sohne die Erfüllung ihrer seit Jahren vorgebrachten sozialistischen Forderungen durchzusetzen. Mit diesen Eindrücken kommt der Prinz nach Berlin zurück. Statt daß ihm dort entgegengetreten wurde, habe sich der Handelsminister beeilt, dem preußischen Landtag zu versprechen, daß Arbeiterkontrolleure eingeführt werden sollen. Was ist — so heißt es schließlich — also am letzten Ende der Grund für den Gesetzentwurf? Ein weiteres Zurückweichen der Regierung vor dem Andrängen der Sozialdemokratie, die blasse Furcht vor der Masse.

Der Mann scheint vom Sozialismus so viel zu verstehen, wie der Esel vom Lautenschlagen. Gewisse Leute nennen eben alles, was ihnen nicht paßt, einfach Sozialismus und machen damit ihren Zuhörern oder Lesern gruselig. Wir vermögen wahrhaftig nicht einzusehen, was die Einführung von Sicherheitsmännern — von Arbeiterkontrolleuren kann ja gar keine Rede sein — mit Sozialismus zu tun hat! Muß man erst Sozialist sein, um einzusehen, daß alles geschehen muß, was irgendwie im Interesse von Gesundheit und Leben der Arbeiter nötig ist? Der Herr merkt gar nicht, eine wie scharfe Kritik er an der kapitalistischen Gesellschaft übt, wenn er die Erfüllung einer so selbstverständlichen Forderung der Humanität als Sozialismus bezeichnet. Im übrigen wollen wir es dahingestellt sein lassen, auf welcher Seite die größere Gefühlsroheit herrscht, bei denen, die nach einem so entsetzlichen Unglück fordern, daß für die Zukunft derartiges verhütet wird, oder bei denen, die sich auch durch ein so furchtbares Massensterben um keinen Schritt von ihrem Herrenstandpunkt abbringen lassen und sich ebenso wie früher gegen den notwendigen Arbeiterschutz sträuben.

Das Reichsvereinsgesetz vor dem höchsten Braunschweiger Gericht.

Der Geschäftsführer des Fabrikarbeiterverbandes — Genosse Prange in Braunschweig — hatte am 9. August v. J. eine öffentliche Versammlung durch Bekanntmachung im „Volksfreund" einberufen, in der die Genossin Wackwitz-Dresden über kulturelle Aufgaben der Gewerkschaften referierte. Sie besprach die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, die Beseitigung der Kinderarbeit und die Notwendigkeit der Erkämpfung höherer Löhne. Dabei wies sie darauf hin, daß die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Forderungen der Arbeiter im Reichstage am energischsten vertrete.

Genosse Prange leitete die Versammlung, hatte sie selbstverständlich auch nicht angemeldet oder in der polizeilich vorgeschriebenen Form in der Zeitung bekannt gemacht. Er wurde deswegen wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes unter Anklage gestellt; das Schöffengericht und die Strafkammer sprachen ihn jedoch frei.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein, und das Oberlandesgericht gab jetzt dieser Revision statt, hob das freisprechende Urteil auf und wies die Sache an das Landgericht zurück. Als feststehend wurde angesehen, daß in dem Vortrage politische Angelegenheiten erörtert worden seien. Das hatte schon das Landgericht angenommen, hatte jedoch erklärt, es zu glauben, wenn der Angeschuldigte angab, er habe annehmen müssen, daß die Rednerin das politische Gebiet nicht betreten würde. Das Oberlandesgericht begründete sein Urteil mit dem Einwand, daß erstens festgestellt werden müsse, ob der Angeschuldigte den Vorsatz gehabt habe, sich der Anmeldepflicht zu entziehen, inwieweit die Versammlung bei ihrem Zwecke als politische in Betracht komme, und zum Schluß sei auch der Begriff der Fahrlässigkeit vom Landgericht zugunsten des Angeklagten zu eng gefaßt worden.

Der Oberstaatsanwalt wollte dem Genossen Prange schon daraus einen Strick drehen, daß er nach der Art des Themas und der Zusammensetzung der Versammlung schon die Möglichkeit habe voraussehen müssen, daß politische Dinge erörtert werden würden. Genosse Prange habe auch dadurch fahrlässig gehandelt, daß er die Rednerin nicht unterbrochen hat, als sie zur Behandlung politischer Fragen überzugehen sei. Er sei verpflichtet gewesen, in diesem Augenblick die Versammlung aufzulösen.

Gorki aus Italien ausgewiesen. Rom, 15. Februar. Der berühmte Schriftsteller Gorki ist ersucht worden, im März Italien zu verlassen. Ein Grund für diese Ausweisung ist bisher noch nicht bekannt geworden.

Wirkung der Banderolesteuer.

Der Geschäftsbericht der Tabakarbeiter-Genossenschaft pro 1908 beschäftigt sich eingehend mit der Tabaksteuerfrage. Zunächst wird in dem Bericht festgestellt, daß 87 Prozent des Jahresabsatzes an Zigarren auf die Sorten im Verkaufspreis bis zu 6 Pfg. pro Stück entfällt, 11 Prozent auf die Sorten zu 7 Pfg. pro Stück und nur 2 Prozent des Absatzes in höherer Preislage liegt.

Trotzdem aber nur ein ganz geringer Teil des Absatzes auf Abnehmer aus den besitzenden Klassen entfällt, würde die Belastung durch die von der Regierung vorgeschlagene Banderolesteuer eine ganz enorme sein.

Würde der Regierungsentwurf auch schon 1908 Gesetzeskraft gehabt haben, so hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft nach den vorgeschlagenen Steuersätzen zahlen müssen für:

3835 Mille z. Verkaufspr. v.		4 ℳ pr. St. pr. Mille	ℳ	4 = ℳ	15340
18958	„ „ „ über 4— 7	„ „ „ „ „	„	8 = „	151664
3304	„ „ „ „ 7—13	„ „ „ „ „	„	16 = „	52864
32	„ „ „ „ 13—25	„ „ „ „ „	„	32 = „	1024
		Summa . .	ℳ		220892
		Dazu bisheriger Zoll . .	„		165135
		Zusammen . .	„		386027

Der gesamte Umsatz der Tabakarbeiter-Genossenschaft betrug im Jahre 1908 1 166 294 Mk.; abzüglich Zoll verbleibt mithin ein Fakturenwert von rund einer Million: die Belastung durch Zoll und Banderolesteuer würde mithin in Zukunft 39 pCt. betragen.

Schon in ihrem Geschäftsbericht pro 1907 hatte die Tabakarbeiter-Genossenschaft darauf hingewiesen, daß in keiner zweiten Industrie ein derart hoher Prozentsatz Arbeitslohn im Werte des Produkts stecke, wie in der Zigarrenindustrie. Nach einer Durchschnittsberechnung von 1901 bis 1907 entfielen von dem Gesamtwert der Waren 40 Prozent auf den Arbeitslohn, 15 Prozent auf Tabakzoll, 10 Prozent auf Unkosten und 35 Prozent auf den verarbeiteten Tabak; im Jahre 1908 stellte sich das Verhältnis wie folgt: von der Summe des gesamten Verkaufserlöses entfielen auf den für Anfertigung der Zigarren bezahlten Arbeitslohn 38,8 Prozent, auf Tabakzoll 14,2 Prozent, auf Unkosten 8,1 Prozent, auf den verausgabten Betrag für Rohmaterialien 38,9 Prozent.

Würde 1908 schon eine Banderolesteuer erhoben worden sein, so wäre von dem Gesamtbetrag derselben von 220 892 Mk. entfallen sein auf

Tabakzoll 14,2 pCt.	ℳ	31367
Arbeitslohn 38,8 pCt.	„	85706
Summa . .	ℳ	117073

Für den in dem Werte der Fabrikate enthaltenen Zoll und Arbeitslohn hätte die Tabakarbeiter-Genossenschaft mithin abermals mehr als die Hälfte des Gesamtbetrages der Banderolesteuer entrichten müssen.

Die Aufpfropfung eines neuen Steuersystems auf das bisher bestehende erweist sich durch diese Feststellungen als ein Unikum; in keinem zweiten Lande der Welt dürfte eine solche „Veredlung des Steuersystems", daß für veranlagten Zoll nochmals zirka 20 Prozent Steuer zu bezahlen sind, üblich sein; in keinem zweiten Lande der Welt würde es überhaupt denkbar sein, daß eine Regierung ein derart arbeiterfeindliches Gesetz vor die Volksvertretung bringen könnte. Der Banderolesteuerentwurf der Regierung mit seinen steigenden Steuersätzen würde, wenn ihm der Reichstag seine Zustimmung erteilte, geradezu eine direkte Anreizung zur Lohndrückerei sein. Weil der Arbeitslohn einen so hohen Prozentsatz vom Werte der Zigarren ausmacht und weil deshalb mit einer Steigerung des Arbeitslohnes eine Sorte Zigarren eventuell in eine höhere Steuerklasse kommen würde, werden alle Versuche der Tabakarbeiter, ihre niedrigen Löhne etwas zu erhöhen, von vornherein dem schärfsten Widerstand der Fabrikanten begegnen; im Gegenteil, diese werden geradezu durch die Wertstaffel veranlaßt, die Löhne zu drücken.

Für die 7-Pfg.-Zigarre soll z. B. in Zukunft 8 Mk., für die 8-Pfg.-Zigarre 16 Mk. Steuer bezahlt werden. Alle Fachleute haben schon darauf hingewiesen, daß bei dieser Steigerung der Raucher dann für 7 Pfg. eine bessere Zigarre bekommen wird als für 8 Pfg. Was liegt nun für den Fabrikanten näher, die 8-Pfg.-Sorten auch im Lohn derart zu drücken, daß sie für 7 Pfg. verkauft werden können. Die Wertstaffel setzt geradezu eine Prämie auf Lohnherabsetzungen. Gelingt es dem Fabrikanten, den Lohn um vielleicht 2 Mk. herabdrücken zu können, so daß die Herstellungskosten der 8-Pfg.-Zigarre denen der 7-Pfg.-Zigarre entsprechen, so spart er nicht nur 2 Mk. Lohn, sondern, weil die betreffende Sorte jetzt in die niedrigere Steuerklasse kommt, auch 8 Mk. Steuer.

Auf 2 Mk. Lohndruck 8 Mk. Steuerprämie!!!

„Die Regierung," erklärte der Vorsitzende des Tabakarbeiterkongresses, „ist unser Feind." Mit vollem Recht — eine Regierung, die derart arbeiterfeindliche Gesetzentwürfe vor den Reichstag bringt, soll sich nicht darüber wundern, wenn die 200 000 Tabakarbeiter in ihr ihren Feind sehen.

Christlich-Soziales.

Wir haben unseren Lesern schon Mitteilung gemacht von der Art und Weise, wie die christlich-sozialen Blätter den neugewählten Abg. Vogel-Siegen angegriffen haben, weil dieser nicht sofort nach seiner Wahl an den Verhandlungen des Reichstages teilnahm. An dem gleichen Tage, an dem die Notizen im „Reich" und in den anderen antisemitischer Blättern erschienen, ist aber der Neugewählte in das Haus eingetreten und hat sich auch sofort zum Wort gemeldet. Er beabsichtigte, die sozialdemokratische Resolution auf Forderung eines Reichsberggesetzes zu besprechen und die Möglichkeit einer reichsgesetzlichen Regelung vom Standpunkt des Fachmanns nachzuweisen, konnte aber nach Annahme des vom Block gestellten Schlußantrages seine Absicht nicht ausführen. Er versuchte deswegen am Sonnabend bei der Besprechung des Reichsversicherungsamtes noch einmal die Materie zu besprechen, was ihm jedoch auch diesesmal nicht in dem gewünschten Umfange gelang. Darüber spottet nun wieder das „Reich" in einer Weise, die seinem Rufe, eines der wenigst anständigen Blätter der Reichshauptstadt zu sein, alle Ehre macht. Am Sonnabend sollte nun unter allen Umständen der Etat des Reichsamts des Innern zu Ende beraten werden, — so wollte es das Präsidium, und an solchen Tagen zeigen die Präsidenten, allen voran die Liberalen, eine ganz besondere Ungeduld und Unduldsamkeit gegen solch. Redner, die ihr Sprüchlein nicht in fünf Minuten aufsagen wollen und können. Unter normalen Verhältnissen hätte man den Vogel singen lassen, wie es ihm beliebt hätte, am Sonabend aber paßten seine Ausführungen nicht ins Programm des Präsidiums.

Diese auch dem „Reich"-Skribenten bekannten Tatsachen finden in den Auslassungen des „Reich" keine Erwähnung. Auch wird nicht erwähnt, daß Vogel zum Worte kam, nachdem Fränzchen Behrens aufgerufen wurde und — nicht da war!!! Wir sind natürlich weit entfernt, dem Abg. Behrens daraus irgend einen Vorwurf zu machen, aber das „Reich" mußte doch auch diesen Abgeordneten an seine Pflichten erinnern. Oder nicht?!?

Die „Reichsversicherungsordnung".

Anknüpfend an die Auslassungen des Staatssekretärs v. Bethmann-Hollweg im Reichstage über die geplante Revision der Versicherungsgesetzgebung stellt die „Köln. Ztg." fest, was die neue Reichsversicherungsordnung bringen soll und was sie nicht bringen wird. Nach dieser wohl noch nicht vollständigen Zusammenstellung soll die Neuregelung nicht bringen die Verschmelzung von allen drei oder wenigstens von zwei Versicherungszweigen. Sie bringt ferner nicht eine Ernennung der Krankenkassenvorsitzenden durch die Behörde. Die Reichsversicherungsordnung bringt ferner nicht die Uebertragung der Rentenfestsetzung auf paritätisch zusammengesetzte Versicherungsämter. Sie bringt nicht eine Uebertragung der Hälfte der gesamten Verwaltung bei den Berufsgenossenschaften auf die Arbeiter. Die Versicherungsordnung bringt endlich nicht die einheitliche Bezirkskrankenkasse, ebenso nicht die Verquickung von Krankenkassenverbänden und weiteren Versicherungsbehörden.

Dagegen wird die neue Reichsversicherungsordnung bringen:

1. Einheitliche Kodifikation der bisherigen sieben verschiedenen Versicherungsgesetze unter Verbesserung des Aufbaues nach Anordnung, Sprache und Form.
2. Gemeinschaftlichen Unterbau für alle Versicherungszweige, um einen leichteren Geschäftsgang und ein besseres Handinhandarbeiten zu erzielen.
3. Einheitlichen Instanzenzug für alle drei Zweige der Reichs-Arbeiterversicherung.
4. Entlastung des überlasteten Reichsversicherungsamtes.
5. Beseitigung der allzuweit getriebenen Zersplitterung im Krankenkassenwesen.
6. Halbierung der Beiträge und der Verwaltung bei den Krankenkassen, wie dies bei den Innungskrankenkassen schon heute möglich ist.
7. Erhebliche Ausdehnung des Kreises der gegen Krankheit versicherten Personen.
8. Regelung des Verhältnisses zwischen Kassen und Aerzten oder Apotheken.
9. Beteiligung der Arbeiterschaft an dem Rentenbewilligungsverfahren.
10. Witwen- und Waisenversorgung auf Grund von Beiträgen mit Reichszuschüssen.

Von dem, was hier als beabsichtigt angegeben wird, widerstreitet manches gar sehr dem Interesse der Arbeiter im besonderen die Schwächung des Arbeitereinflusses in den Krankenkassen dadurch, daß den Unternehmern der gleiche Einfluß eingeräumt werden soll. Daß man dazu nicht auch noch die Ernennung des Vorsitzenden der Behörde überlassen will, ist wohl dem Einfluß der jüngst im Reichsamt des Innern abgehaltenen Konferenz zu danken, die der Regierung klargemacht hat, daß es mit der vom Reichslügenverband erfundenen Mär von der parteipolitischen Ausnützung der Kassen seitens der Sozialdemokratie nichts ist. Wenn die Verschmelzung der Versicherungszweige nicht durchgeführt wird, so wird die Organisation nach wie vor eine Halbheit bleiben.

Die feine Familie von Serbien.

„Petit Parisien" berichtet aus Belgrad: Der Thronfolger Prinz Georg nehme neuerdings eine sehr schroffe Haltung gegenüber dem Könige und dem Minister des Aeußeren ein. Der König habe seinem Sohne jederlei Beziehungen zu den Mitgliedern des Komitees der nationalen Verteidigung, sowie zu den Diplomaten streng untersagt. Der Prinz richtete an den Minister des Aeußeren ein Schreiben, worin er erklärt, daß sein Vater ein gefangener Verschwörer sei und daß er die serbische Dynastie dem Abgrund zuführe.

Es ist ausgeschlossen, daß Serbiens Kronprinzlein einen Krieg mit Oesterreich anzuzetteln die Kraft hat.

Kommunales.

d. **Von der Westfälischen Landgemeindeordnung.** Der § 23 der Landgemeindeordnung lautet: Die Gemeinde wird in ihren Angelegenheiten durch die Gemeindeversammlung und durch den Gemeindevorsteher vertreten. Der Gemeindevorsteher ist die ausführende Behörde.

Unsere weiteren Ausführungen sollen zunächst der Gemeindeversammlung gelten. In Gemeinden, welche nicht mehr als 18 stimmberechtigte Gemeindemitglieder zählen, besteht die Gemeindeversammlung aus sämtlichen Stimmberechtigten. Derartig kleine Gemeinden, die bei Erlaß der Westfälischen Landgemeindeordnung noch vorkommen mochten, sind heute kaum noch zu finden. Aber auch wenn die Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder 18 übersteigt, kann die Gemeindeversammlung aus sämtlichen Stimmberechtigten bestehen, wenn ein diesbezügliches Gemeindestatut das vorsieht. Eine Grenze, wann eine gewählte Gemeindevertretung an Stelle der aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern bestehenden Gemeindeversammlung treten muß, zieht die Westfälische Landgemeindeordnung nicht. Es ist also zulässig, daß selbst die größeren Gemeinden ihre Angelegenheiten in einer aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern bestehenden Gemeindeversammlung erledigen, wenn ein diesbezügliches Gemeindestatut beschlossen ist. In der Praxis wird das allerdings nicht vorkommen, selbst die kleinsten Gemeinden habe heute eine gewählte Gemeindevertretung. Die Landgemeindeordnung für die sieben östlichen Provinzen sieht vor, daß dann, wenn die Zahl der Stimmberechtigten 40 übersteigt, eine gewählte Gemeindevertretung an Stelle der aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern bestehenden Gemeindeversammlung treten muß.

Wo die Gemeindeversammlung aus sämtlichen stimmberechtigten Gemeindemitgliedern besteht, soll den Besitzern aller derjenigen Güter, welche mindestens zu 225 Mk. an Grund- und Gebäudesteuer vom Staate veranlagt sind, im Verhältnis des Umfanges ihres Besitztums zu dem der übrigen stimmberechtigten Gemeindemitglieder eine größere Anzahl von Stimmen beigelegt werden. Die näheren Bestimmungen sind durch ein Statut zu treffen. Den nicht mit einem Wohnhaus angesessenen Einwohnern soll in der Gemeindeversammlung höchstens ein Drittel sämtlicher Stimmen beigelegt werden. Auch hier sollen die näheren Bestimmungen durch ein Gemeindestatut getroffen werden. Das Hausbesitzer-Privileg ist in den Landgemeinden auf die Spitze getrieben. Während in den nach der Landgemeindeordnung verwalteten Städten nur die Hälfte der Vertreter zu den Hausbesitzern zu gehören braucht, müssen es in den Landgemeinden immer zwei Drittel sein.

In Gemeinden, in denen die Zahl der stimmberechtigten Gemeindemitglieder 18 übersteigt und die Bildung einer gewählten Gemeindevertretung durch Statut vorgesehen ist, besteht die Gemeindeversammlung aus 6 bis 18 Gemeindeverordneten. Die Zahl wird durch ein Gemeindestatut festgesetzt. Da die Gemeindeverordneten auf Grund des Dreiklassenwahlrechts gewählt werden und jede Klasse ein Drittel zu wählen hat, kann die Gemeindeversammlung eigentlich immer nur aus 6, 9, 12, 15 oder 18 Gemeindeverordneten bestehen. Aber auch dieses System kann wieder durchbrochen werden. Um einen in einigen Gemeinden hergebrachten alten Zustand zu konservieren, hat das Oberverwaltungsgericht in einem Urteil ausgesprochen, es sei zulässig, daß in einer Gemeinde, die aus mehreren Bezirken oder Bauerschaften besteht, jede Bauerschaft für sich einen Teil der Gemeindeverordneten wählt. Hierbei soll die Zahl der Verordneten nach der Größe der Bezirke verteilt werden, und wenn dementsprechend z. B. auf einen Bezirk zwei Verordnete fallen würden, soll die 1. und 3. Klasse je einen derselben wählen. Wären in einem Bezirk vier zu wählen, dann wählt jede Klasse zunächst einen, während der vierte noch der 2. Klasse zufällt. Bei verschiedener Größe der Bauerschaften oder Bezirke kann bei diesem Wahlverfahren die Gemeindevertretung auch aus 7, 8 usw. Gemeindeverordneten bestehen.

Die Wahl der Gemeindeverordneten erfolgt auf die Dauer von 6 Jahren, alle zwei Jahre scheidet ein Drittel aus, die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Die das erste- und zweitemal Ausscheidenden werden durch das Los bestimmt. Diese letzte Bestimmung kommt auch heute noch bei Bildung einer neuen Gemeinde und bei der Neuwahl einer Gemeindevertretung, wenn die alte Vertretung durch Königliche Verordnung aufgelöst ist, in Betracht.

Machen sich in einer Gemeinde Ersatzwahlen nötig, weil ein oder mehrere Mitglieder der Gemeindevertretung vor Ablauf ihrer Wahlperiode ausgeschieden sind, so hat der Amtmann diese Wahlen anzuordnen. (Auf die Stellung und Befugnisse des Amtmanns kommen wir in späteren Artikeln noch zurück.) Die zum Ersatz gewählten Gemeindeverordneten werden nicht auf sechs Jahre gewählt, sondern bleiben nur so lange im Amte, als die Wahlperiode der Ausgeschiedenen gedauert haben würde.

Ist in einer Gemeinde der regelmäßige Ausscheidungsturnus verloren gegangen, so ist es zulässig, um die gestörte Wahlordnung wieder mit den Vorschriften des Gesetzes in Einklang zu bringen, daß Neuzuwählende von vornherein und vor der Wahl verpflichtet werden, schon nach 2 bis 4 Jahren aus dem Amte zu scheiden.

Diese Verpflichtung wird Neuzuwählenden auch immer dann auferlegt werden müssen, wenn die Zahl der Gemeindevertreter vermehrt wird. Besteht z. B. eine Gemeindevertretung bisher aus 6 Gemeindeverordneten und die Zahl wird durch Beschluß der Gemeindeversammlung auf 9 erhöht, so können die drei Neuzuwählenden nicht gleichmäßig auf 6 Jahre gewählt werden, sondern um ein regelmäßiges Ausscheiden zu ermöglichen, muß von vornherein festgesetzt werden, wer nach zwei, vier und sechs Jahren auszuscheiden hat.

Bielefelder Stadttheater.

en. Dienstag, 16. Februar: Goldfische, Lustspiel in 4 Akten von Franz von Schönthan und Gustav Kadelburg. Was soll von einer Lustspielfabrik Gutes kommen! „Goldfische" ist auch wirklich nichts Gutes, es hätte übrigens ebenso gut „O diese Leutnants" heißen können. Natürlich ist wieder ein Leutnant der Held des Stückes und hat als solcher Eigenschaften, die ein Zivilist einfach nicht haben kann. Die Rolle des Erich v. Felsen paßte für Carl Swinborne, der das Stück für sein Benefiz gewählt hatte, nicht einmal, denn heroische Attituden liegen ihm nicht, er vermag begeisterungsvolle Worte immer nur durch die Betonung der Anfangssilben zu markieren, was sich nicht besonders gut anhört. Es klingt nämlich fürchterlich gemacht. Es wäre in Erwägung zu ziehen, ob mit der Einrichtung der Benefize an unserem Stadttheater nicht lieber Schluß gemacht werden sollte. Der Spielplan wird durch diese Aufführungen nicht verschönert und der ewige Blumenladen wirkt nur monoton. Gespielt wurde recht gut. Charaktere gab's ja auch nicht darzustellen, nur Lustspiel- oder Schwankmarionetten einer Lustspiel- oder Schwankfirma. Wäre die dafür aufgewendete Arbeit doch lieber der Iphigenie zuteil geworden.

(C

203. Sitzung vom D

Am Bundesratstisch:

Fortsetzung der zwei

Reichseisenbahna

Abg. Stolle (Soz.)

amtes wird es gewiß re

sam gemacht werden. C

daß in den Kreisen der

welche bei Untersuchung

weisen oder derartige M

lung seitens ihrer Vorge

Kölnischen Eisenbahndire

lichen Untersuchungen vo

den als Zeugen geladene

keiten zur Sprache gebra

gemeldet, noch bei der

geben worden waren.

erwiderten diese Zeugen,

gesetzten nicht erwünscht.

eine Aufgabe des Reichse

Abhilfe zu sorgen. Ein

üblich, ist jedenfalls auf

hafte Zustimmung bei de

Die ersten Klagen d

lange Arbeitszeit und g

die unbedeckten Bremser

Zugschaffnern und Hilfsz

haben die Menschen daru

vorigen Jahres eine Ver

an den Bremshäusern

dadurch nicht entstehen".

Eine solche Spartheorie

Diese Zustände bedürfen

Soz.) Ich muß ferner

triebes größer geworden

der Unfälle gestiegen. S

Betriebs in Betracht zieh

eine andauernde Steigerung

fielen auf 100 Kilometer

(Hört, hört! bei den So

allen Dingen nach der Ar

fragen. Eine Arbeitsdau

Herbst 1908 allerdings

Eisenbahnverwaltung als

Aber eine Dienstdauer vo

Unbedenkliches zu sein,

(Sehr wahr! bei den Soz

Und wie steht es mit

stätten? Es handelt sich

stimmungen der Gewerbeo

bestimmte bekanntlich der

Früher war es anders.

stehen die Arbeiter der

der Gewerbeordnung.

Württemberg möglich ist,

schen Staaten möglich sei

lange das nicht der Fall

Angestellten der Eisenbah

Die Arbeitsfreudigkeit di

Interesse aller Kreise de

den Präsidenten des

energisch Wandel zu schaf

Präsident des Reichse

Vorredner zitierte Vers

Bremsersitze sollen allmäh

1907 seien prozentual we

30 Jahren. Sie können

lichstes tun, die Betriebs

Abg. Schrader (frs.

bahnamtes seien nur seh

Bismarck, habe ihm weit

Preußen suche in Bahnf

Fragen das Reich förmli

links.)

Oliv

Von C

Aus dem Englis

52

Es bedurfte bei Olive

weniger als fünf Minuten

der bezeichneten Straße.

Oliver unter dem Vorwan

vorzubereiten, allein im

Diener ihre Karte mit der

dringenden Angelegenheite

kehrte bald wieder zurück,

Sie folgte ihm in eins der

in einem dunkelgrünen

dessen Mienen unverkennb

Nicht weit von ihm erblic

Rankingbeinkleidern und

wollend aussah und dasa

schweren Spazierstocks gest

lassend.

„Ah!" sagte der Herr ir

vorkommenheit aufspringend

Fräulein — ich glaubte, es

die — Sie werden mich güt

Platz!"

„Mr. Brownlow, wen

nachdem sie auf dem ander

„So ist mein Name, ja,

mein Freund, Mr. Grim

Gefälligkeit und verlassen

„Ich glaube nicht, daß

bemühen," bemerkte Rose.

Angelegenheit, in welcher

freund."

Brownlow gab seine

neigung zu erkennen, und

beugung gemacht hatte und

sehr steife Verbeugung und

„Was ich Ihnen mitzute

überraschen," begann Rose

einem mir sehr teuern ju

Güte, und ich bin überzeugt

ihm zu hören."

„Einem jungen Freund

seinen Namen wissen?"

„Oliver Twist," erwider

Kaum waren die Worte

wig, der sich gestellt hatte,

Tisch liegendem großen Bu

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 40. **Bielefeld, Mittwoch, 17. Februar 1909.** **20. Jahrg.**

Deutscher Reichstag.

(Eigener Bericht.)

203. Sitzung vom Dienstag, 16. Febr., nachm. 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Schulz.

Fortsetzung der zweiten Beratung des Etats für das Reichseisenbahnamt.

Abg. Stolle (Soz.): Den Vertretern des Reichseisenbahnamtes wird es gewiß recht sein, wenn sie auf Mängel aufmerksam gemacht werden. Ein Mangel aber geht daraus hervor, daß in den Kreisen der Eisenbahner gesagt wird, daß Leute, welche bei Untersuchungen von Unfällen auf Mißstände hinweisen oder derartige Meldungen machen, eine schroffe Behandlung seitens ihrer Vorgesetzten erfahren. Eine Verfügung der Kölnischen Eisenbahndirektion spricht dies aus: „Bei gerichtlichen Untersuchungen von Betriebsunfällen sind wiederholt von den als Zeugen geladenen Eisenbahnbediensteten Unregelmäßigkeiten zur Sprache gebracht worden, die von ihnen weder vorher gemeldet, noch bei der eisenbahnamtlichen Untersuchung angegeben worden waren. Auf die betreffende Frage des Richters erwiderten diese Zeugen, derartige Anzeigen wären ihren Vorgesetzten nicht erwünscht.“ (Hört, hört! bei den Soz.) Es wäre eine Aufgabe des Reichseisenbahnamtes, mit aller Kraft hier für Abhilfe zu sorgen. Ein Kommandoton, wie er in der Kaserne üblich, ist jedenfalls auf der Eisenbahn nicht angebracht. (Lebhafte Zustimmung bei den Soz.)

Die ersten Klagen der Eisenbahner waren nicht gegen zu lange Arbeitszeit und geringen Lohn gerichtet, sondern gegen die unbedeckten Bremsen. Das Bremserhäuschen ersetzt den Zugschaffnern und Hilfszugschaffnern den Ofen, und wo es fehlt, haben die Menschen darunter zu leiden. Nun ist im November vorigen Jahres eine Verfügung ergangen, wonach Verbesserung an den Bremshäusern anzubringen sind, „sofern Mehrkosten dadurch nicht entstehen“. Das ist ein sehr merkwürdiger Erlaß. Eine solche Spartheorie ist verwerflich und himmelschreiend. Diese Zustände bedürfen der Abhilfe. (Zustimmung bei den Soz.) Ich muß ferner betonen, daß die Unsicherheit des Betriebes größer geworden ist. Von 1901 bis 1907 ist die Zahl der Unfälle gestiegen. Sogar wenn man die Vergrößerung des Betriebs in Betracht zieht, und per Kilometer rechnet, ergibt sich eine andauernde Steigerung der Unfälle. Im Jahre 1901 entfielen auf 100 Kilometer 5,22 Unfälle, im Jahre 1907 7,42. (Hört, hört! bei den Soz.) Bei solchen Zahlen muß man vor allen Dingen nach der Arbeitszeit der Arbeiter und Angestellten fragen. Eine Arbeitsdauer von über 16 Stunden gab es im Herbst 1908 allerdings nicht mehr. Und das erscheint der Eisenbahnverwaltung als großer sozialpolitischer Fortschritt. Aber eine Dienstdauer von 14 bis 15 Stunden scheint ihr etwas Unbedenkliches zu sein, während es doch zweifellos zu viel ist. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Und wie steht es mit den Eisenbahnarbeitern in den Werkstätten? Es handelt sich um 300 000 Arbeiter, die den Bestimmungen der Gewerbeordnung nicht unterworfen sind. Dieses bestimmte bekanntlich der Ministerialerlaß vom Februar 1905. Früher war es anders. Und im Königreich Württemberg unterstehen die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten auch heute noch der Gewerbeordnung. Eine rühmliche Ausnahme. Was in Württemberg möglich ist, das sollte auch in den anderen deutschen Staaten möglich sein. (Sehr richtig! bei den Soz.) Solange das nicht der Fall ist, können Sie bei den Arbeitern und Angestellten der Eisenbahnen keine Arbeitsfreudigkeit erwarten. Die Arbeitsfreudigkeit dieser Arbeiter liegt aber durchaus im Interesse aller Kreise der Bevölkerung. Der Reichstag sollte den Präsidenten des Reichseisenbahnamtes dazu drängen, energisch Wandel zu schaffen. (Bravo! bei den Soz.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz hält die vom Vorredner zitierte Verfügung für unmöglich. Die offenen Bremserstitze sollen allmählich ganz beseitigt werden. Im Jahre 1907 seien prozentual weniger Unfälle zu verzeichnen, als vor 30 Jahren. Sie können überzeugt sein, daß wir unser Möglichstes tun, die Betriebssicherheit zu steigern.

Abg. Schrader (frs. Vg.): Die Befugnisse des Reichseisenbahnamtes seien nur sehr beschränkte. Sein Stifter, Fürst Bismarck, habe ihm weit umfassendere Tätigkeit zugedacht. Aber Preußen suche in Bahnfragen, wie in Finanz- und sonstigen Fragen das Reich förmlich wegzueskamotieren. (Zustimmung links.)

Präsident des Reichseisenbahnamtes Schulz bestreitet, daß das Reichseisenbahnamt von dem preußischen Ministerium der öffentlichen Arbeiten abhängig sei. Beide Behörden stünden in ausgezeichneten Beziehungen.

Abg. Edler Ganz zu Putlitz (kons.): Die dem Reichseisenbahnamt zugewiesenen Aufgaben werden von ihm in durchaus befriedigender Weise erfüllt.

Abg. Carstens (frs. Vp.) bittet um Auskunft, ob das Reichseisenbahnamt Einfluß auf die Löhne üben könne, soweit die Lohnverhältnisse Einfluß auf die Betriebssicherheit haben, und verbreitet sich über den miserablen Bahnhof von Elmshorn.

Präsident Schulz betont, daß das Reichseisenbahnamt nur bei vorliegender Gefährdung der Betriebssicherheit sich in Verwaltungsmaßnahmen der einzelstaatlichen Verwaltungen einmischen könne und beteuert seine völlige Machtlosigkeit gegenüber dem Zustande in Elmshorn.

Abg. Storz (südd. Vp.): Das Reichseisenbahnamt sei gar nicht so machtlos, mehr Energie sei aber nötig seitens des Reichstages und des Amtes. Manches, was Herr Erzberger über die Zeitverschwendung in den Bureaus sagte, war berechtigt.

Abg. Dr. Pichler (Ztr.): In der Budgetkommission ist unsere Resolution einstimmig angenommen worden. Um so bedauerlicher, daß die Konservativen und die Nationalliberalen jetzt nicht dafür stimmen wollen. Die kurze Dienstzeit der Beamten im Reichseisenbahnamt muß erbitternd auf alle anderen Beamtenkategorien wirken. Wenn so wenig Arbeit da ist, soll die Zahl der Beamten vermindert werden. (Zustimmung im Ztr.)

Abg. Sachse (Soz.): Das Verkaufsverbot des „Vorwärts“ auf den Bahnhöfen, welches schon Herr Storz getadelt hat, ist eine Lächerlichkeit. Mit solcher Nadelstichpolitik wird nichts erreicht. In meinem Wahlkreise befindet sich ein Tunnel zwischen Fullhammer und Dittersbach. In der Breslauer „Volkswacht“ und in Volksversammlungen wurde die Schadhaftigkeit dieses Tunnels gerügt. Am 8. Februar wurde der Tunnel dann auch geschlossen und schon am Tage darauf stürzte das Eisengerüst in ihm zusammen. Es war also die höchste Zeit und ein Beweis dafür, daß solchen Preßstimmen mehr Aufmerksamkeit zu schenken ist. (Zustimmung bei den Soz.)

Ich möchte noch das Reichseisenbahnamt auffordern, die vierte Wagenklasse besser einzurichten, welche die größten Einnahmen liefert. Wenn Tausende von Auswanderern 14 und 16 Stunden lang in dieser Klasse befördert werden, so müßte sie unbedingt Bedürfnisanstalten haben. Auch Spucknäpfe sind nicht vorhanden. Auch Nichtraucherabteilungen fehlen. Und die Unsauberkeit in den Wagen vierter Klasse ist ein Hohn auf jeden Begriff von Reinlichkeit.

Um die Betriebssicherheit zu erhöhen, ist es vor allem nötig, daß die schlechtbezahlten Arbeiter und Unterbeamten aufgebessert werden. In Zernsdorf kam es wegen der geringen Löhne zu Differenzen, und ein entlassener Arbeiter fand bei einem Tiefbauunternehmer Arbeit. Von seiten der Eisenbahnverwaltung wurde aber für seine Entlassung gesorgt. (Hört, hört! bei den Soz.) Derartige Vorkommnisse sind des Deutschen Reiches unwürdig, das Eisenbahnamt sollte auf Abhilfe dringen. (Lebh. Bravo! bei den Soz.)

Abg. Ulrich (Soz.): Wir können der Resolution zustimmen, die auf eine Verbilligung der Verwaltungskosten des Reichseisenbahnamts abzielt. Das Verkaufsverbot an den Bahnhöfen trifft nicht nur die sozialdemokratischen Blätter. Auch wenn im „Simplicissimus“ ein Bild erscheint, das gewissen Herren nicht paßt, so ist man sofort mit einem Verbot bei der Hand. Freisinnige Blätter sind ja augenblicklich von dieser Gefahr befreit. Aber die Herrlichkeit der Welt vergeht manchmal schneller, als viele es sich denken. Sehr richtig! bei den Soz.) Dieselben Eisenbahnbuchhandlungen aber, die aus politischen Gründen zensuriert werden, verkaufen den größten Schund, die Nick Carter- und Sherlock Holmes-Literatur. Es wäre wahrlich besser, wenn überhaupt eine Zensur sein muß, nicht politische Gesichtspunkte, sondern Gesichtspunkte der Volksbildung zur Geltung zu bringen und diese Schundliteratur zu unterdrücken.

Wenn wir gezwungen sind, Klagen aus einem einzelnen Bundesstaat vorzubringen, so geschieht das nicht aus Partikularismus, sondern um dem Partikularismus des großen Bruders Preußen entgegenzutreten. Dieser große norddeutsche Bruder treibt Partikularismus und benachteiligt die kleineren Brüder. Redner legt ausführlich die finanzielle Tragweite des preußisch-hessischen Eisenbahnvertrages dar, wodurch Hessen im Laufe von 10 Jahren durch die ungünstige Teilungsziffer um nicht weniger als dreißig Millionen Mark geschädigt worden ist. Mehrmals vom Präsidenten zur Sache gerufen und von der Rechten durch Zwischenrufe unterbrochen, spricht sich Redner nicht für eine Aufhebung, sondern für eine gerechte Verbesserung dieses Vertrages aus. Wir werden nicht aufhören, die gerechten Beschwerden Hessens hier vorzutragen, um das ganze Reich zu unseren Gunsten mobil zu machen. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. Heyl zu Herrnsheim (natl.) polemisiert gegen den Abg. Ulrich und schildert den preußisch-hessischen Vertrag als das größte Entgegenkommen von preußischer Seite und einen großen Vorteil für Hessen. (Lautes Bravo! rechts, Lachen bei den Soz.)

Abg. Storz (Südd. Vp.) bezeichnet die Ausführungen Ulrichs als übertrieben, will aber auch das vorbehaltlose Lob des Herrn v. Heyl nicht unterschreiben. Herr Pichler scheint von der Zunahme des Eisenbahnverkehrs eine Gefahr für die Weltanschauung zu sehen, der das Zentrum seine Macht verdankt. (Sehr richtig! links, Lachen im Zentrum.)

Abg. Stolle (Soz.): Die Zahlen, die der Herr Präsident mir gegenüber angegeben hat, sind nicht stichhaltig. Im allgemeinen hat die Zahl der Unfälle zugenommen. In Sachsen hätte mit Einführung der vierten Wagenklasse auch eine Vermehrung des Zugbegleitungspersonals eintreten müssen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. David (Soz.): Herr v. Heyl hat angeblich im Namen der großen Mehrheit des hessischen Volkes gesprochen. (Zuruf: Das Volk in der ersten Kammer!) In der ersten hessischen Kammer ist das Volk überhaupt nicht vertreten, und das hessische Volk wünscht immer das Gegenteil von dem, was Herr v. Heyl dort in seinem Namen sagt. Herr v. Heyl hat nicht den geringsten Versuch gemacht, das vom meinem Freunde Ulrich vorgebrachte Material zu erschüttern, welches beweist, daß Preußen sich Jahre hindurch auf Kosten Hessens zu Unrecht bereichert hat. (Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts.) Eine Revision des Vertrages muß eintreten, wenn es überhaupt ein Recht geben soll. (Lebh. Zust. bei den Soz.)

Abg. Frhr. Heyl zu Herrnsheim (natl.): Mit dem Vertrage sind in Hessen alle Parteien zufrieden, nur nicht die Sozialdemokraten. Das Interesse Hessens ist dabei aufs beste gewahrt.

Abg. Ulrich (Soz.): Das glänzende Geschäft, das wir Hessen nach Herrn v. Heyl gemacht haben sollen, besteht darin, daß wir die Ueberschüsse nur haben, weil wir neue Schulden machen, worauf sogar unser Finanzminister hingewiesen hat. Unsere Eisenbahnschuld beträgt 100 Millionen und vermehrt sich von Jahr zu Jahr.

Die Resolution wird angenommen. Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. (Gesetz betr. Armenunterstützung und öffentliche Rechte, Bankgesetz, Gesetz betr. Beseitigung der Doppelbesteuerung.)

Schluß 7¼ Uhr.

Parteinachrichten.

Der Wahlverein Vorwärts in Offenburg wählte am Sonntag die Delegierten zum badischen Parteitage und stimmte dem Antrage Kehl zu, welcher fordert, daß zum Landtagsreferat des Genossen Kolb ein Korreferent aus dem nichtrevisionistischen Lager bestellt wird.

Vom Strafkonto der Presse. Vor der Strafkammer zu Rudolstadt kam Sonnabend ein Prozeß zur Verhandlung, der sich bereits 1¼ Jahre hinzieht und gegen unseren Genossen, Landtagsabgeordneten Hofmann-Saalfeld, gerichtet ist. Im Herbst 1907 brachte das „Saalfelder Kreisblatt“, das die Sozialdemokratie nach Reichsverbandsmanier bekämpft, als erste Notiz unter „Tagesrundschau“ mit fetter Schrift die Nachricht, der Saalfelder Volksblatt-Redakteur Heinrich Becker sei aus Saalfeld verschwunden und habe Frau und Kinder in großer Not zurückgelassen. Tatsächlich war Becker seit 10 Jahren nicht mehr im „Volksblatt“ beschäftigt, sondern nach Dortmund übergesiedelt. Im Sommer 1907 kam B. als Farbenreisender nach Saalfeld zurück, und hatte also absolut nichts mehr mit der „Volksblatt“-Redaktion zu tun. Die gesamte bürgerliche Presse Thüringens nahm die „Kreisblatt“-Notiz mit Behagen auf. Einige Tage später mußte das „Kreisblatt“ eine Berichtigung des „Volksblatt“-Verlegers, Genossen Hofmann, bringen, doch

Oliver Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

52

Es bedurfte bei Oliver keiner Mahnung zur Eile, und in weniger als fünf Minuten befanden sie sich auf dem Wege nach der bezeichneten Straße. Als sie angelangt waren, ließ Rose Oliver unter dem Vorwande, den alten Herrn auf sein Erscheinen vorzubereiten, allein im Wagen, stieg aus und schickte durch den Diener ihre Karte mit der Bitte hinauf, Mr. Brownlow in sehr dringenden Angelegenheiten sprechen zu dürfen. Der Diener kehrte bald wieder zurück, um sie zu ersuchen, hinaufzukommen. Sie folgte ihm in eins der oberen Zimmer, wo sie einen ältlichen, in einem dunkelgrünen Rocke sich präsentierenden Herrn, in dessen Mienen unverkennbare Herzensgüte sich ausdrückte, fand. Nicht weit von ihm erblickte sie einen zweiten alten Herrn in Nankingbeinkleidern und Gamaschen, der nicht absonderlich wohlwollend aussah und dasaß, die Hände auf den Knauf eines schweren Spazierstocks gestützt und das Kinn auf demselben ruhen lassend.

„Ah!“ sagte der Herr im grünen Rocke, eilfertig und mit Zuvorkommenheit aufspringend, „ah, entschuldigen Sie, mein gnädiges Fräulein — ich glaubte, es wäre irgendeine zudringliche Person, die — Sie werden mich gütigst entschuldigen. Bitte, nehmen Sie Platz!“

„Mr. Brownlow, wenn ich nicht irre, Sir?“ sagte Rose, nachdem sie auf den anderen Herrn einen Blick geworfen hatte.

„So ist mein Name, ja,“ erwiderte der alte Herr. „Dies ist mein Freund, Mr. Grimwig. Grimwig, Sie haben wohl die Gefälligkeit und verlassen uns auf einige Minuten.“

„Ich glaube nicht, daß es notwendig sein wird, den Herrn zu bemühen,“ bemerkte Rose. „Wenn ich nicht irre, so ist ihm die Angelegenheit, in welcher ich Sie zu sprechen wünsche, nicht fremd.“

Brownlow gab seine Einwilligung durch eine leichte Kopfneigung zu erkennen, und Grimwig, der eine sehr steife Verbeugung gemacht hatte und aufgestanden war, machte eine zweite sehr steife Verbeugung und nahm wieder Platz.

„Was ich Ihnen mitzuteilen habe, wird Sie ohne Zweifel sehr überraschen,“ begann Rose etwas verlegen. „Sie erwiesen einst einem mir sehr teuern jungen Freunde viel Wohlwollen und Güte, und ich bin überzeugt, daß es Sie freuen wird, wieder von ihm zu hören.“

„Einem jungen Freunde!“ sagte Mr. Brownlow. „Darf ich seinen Namen wissen?“

„Oliver Twist,“ erwiderte Rose.

Kaum waren die Worte ihrem Munde entflohen, als Grimwig, der sich gestellt hatte, als ob ihn der Inhalt eines auf dem Tisch liegendem großen Buches lebhaft interessierte, dasselbe mit großem Geräusche zuschlug, sich zurücklehnte, wobei sein Antlitz den Ausdruck des äußersten Erstaunens annahm, und lange mit großen, stieren Augen dasaß, worauf er, als ob er sich schämte, so viel innere Bewegung an den Tag gelegt zu haben, sich in seine vorige Stellung gleichsam wieder zurückschnellte und, indem er gerade vor sich hinstarrte, einen langen pfeifenden Ton erschallen ließ, der nicht in der leeren Luft, sondern in den innersten Höhlen seines Magens zu ersterben schien.

Mr. Brownlow war nicht weniger erstaunt, wiewohl sein Erstaunen sich auf eine weit minder seltsame Art kundgab. Er rückte seinen Stuhl näher zu Rose heran und sagte: „Erzeigen Sie mir den Gefallen, mein liebes gnädiges Fräulein, die Güte und das Wohlwollen, von welchem Sie reden, und wovon Sie ausgenommen, niemand weiß, gänzlich außer Frage zu lassen; und wenn Sie irgend Beweise herbeizubringen vermögen, welche geeignet sind, mir die üble Meinung zu nehmen, die ich vormals von dem genannten unglücklichen Kinde zu hegen mich bewogen fand, so teilen Sie sie mir mit — ich bitte dringend darum.“

„Ein böser Bube — ich will meinen Kopf aufessen, wenn er es nicht ist,“ brummte Grimwig in sich hinein wie ein Bauchredner und ohne einen Gesichtsmuskel in Bewegung zu setzen.

„Der Knabe besitzt einen reinen Sinn und ein warmes Herz,“ sagte Rose, vor Unmut errötend; „und die Allmacht, der es gefallen, ihm Prüfungen, die über seine Jahre hinausgingen, aufzuerlegen, hat in seiner Brust Gefühle und Gesinnungen keimen lassen, welche Unzähligen Ehre machen würden, die seine Jahre sechsfach zählen.“

„Ich bin erst einundsechzig,“ bemerkte Grimwig mit derselben starren Unbeweglichkeit, „und da es mit dem Teufel zugehen müßte, wenn dieser Oliver nicht mindestens zwölf Jahre alt ist, so sehe ich das Zutreffende der Bemerkung nicht ein.“

„Achten Sie nicht auf meinen Freund, Miß Maylie,“ sagte Brownlow; „er meint es doch nicht so.“

„Das tut er allerdings,“ brummte Grimwig vor sich hin.

„Nein, er tut es nicht,“ beharrte Brownlow, der offenbar immer erzürnter wurde.

„Er will seinen Kopf aufessen, wenn er es nicht tut,“ beteuerte Grimwig.

„Er verdiente, ihn zu verlieren, wenn er es täte,“ entgegnete Brownlow.

„Und er möchte denjenigen sehen, der es zu versuchen wagte, ihm den Kopf zu nehmen,“ erwiderte Grimwig, seinen Stock mit Heftigkeit gegen den Fußboden stoßend.

Nachdem die alten Herren soweit gediehen waren, nahmen beide eine Prise Schnupftabak und drückten darauf, gemäß ihrer unabänderlichen Gewohnheit, einander die Hände.

„Und nun, Miß Maylie,“ begann Brownlow, sich wieder zu Rose wendend, „lassen Sie uns zu dem Gegenstande zurückkehren, an welchem Ihre Menschenliebe einen so großen Anteil nimmt. Darf ich wissen, welche Kunde Sie von dem armen Knaben besitzen? Erlauben Sie mir, Ihnen vorher mitzuteilen, daß ich, um ihn ausfindig zu machen, alle mir zu Gebote stehenden Mittel erschöpft habe, und daß seit meiner Reise außer Landes meine erste Meinung, daß er mich belogen und durch seine ehemaligen Genossen beredet gewesen, mich zu bestehlen, bedeutend erschüttert worden ist.“

Rose, welcher diese Rede Zeit gelassen hatte, ihre Gedanken zu sammeln, berichtete nun Brownlow alles, was sich mit Oliver zugetragen, seit er das Haus desselben verlassen, und verschwieg ihm einstweilen nur Nancys unter vier Augen ihm anzuvertrauende Mitteilungen. Sie schloß mit der Versicherung, daß der einzige Kummer, den der Knabe seit einigen Monaten empfunden, dem Umstande zuzuschreiben sei, daß er seinen ehemaligen Wohltäter und Freund nirgends habe finden können.

„Gott sei Dank!“ rief der alte Herr. „Diese Nachricht macht mich glücklich, sehr glücklich. Doch Sie haben mir nicht gesagt, wo er sich gegenwärtig befindet, Miß Maylie. Verzeihen Sie mir — doch weshalb haben Sie ihn nicht mitgebracht?“

„Er wartet im Wagen vor der Tür,“ erwiderte Rose.

„Vor meiner Tür?“ rief der alte Herr freudig überrascht aus, eilte, ohne ein Wort zu sagen, hinaus, die Treppe hinunter, sprang auf den Wagentritt und in den Wagen hinein.

Sobald er fort war, hob Grimwig den Kopf empor, balancierte seinen Stuhl auf einem Hinterbeine, und beschrieb, ohne aufzustehen und mit Hilfe seines Stocks und des Tisches, drei ganze Kreise. Nachdem er die Evolution glücklich ausgeführt hatte, sprang er auf und humpelte nach besten Kräften zum wenigsten ein Dutzend Mal im Zimmer auf und ab, blieb plötzlich vor Rose stehen und küßte sie ohne alle weitere Einleitung.

„Bst!“ sagte er, als Rose, über dieses ungewöhnliche Verfahren ein wenig erschreckt, aufstand; „seien Sie ohne Furcht. Ich bin alt genug, um Ihr Großvater zu sein. Sie sind ein wackres, ein sehr gutes Mädchen — ich habe Sie lieb. Da kommen sie!“

Bei diesen Worten warf er sich mit einer geschickten Wendung auf seinen Sitz, und in demselben Augenblick trat Brownlow mit Oliver herein, den Grimwig sehr gnädig begrüßte. Ach, wenn die Freude dieses Augenblicks Roses einzige Belohnung gewesen wäre für alle ihre Sorge und Angst um Oliver, sie würde sich hinlänglich belohnt gefühlt haben.

„Es ist aber noch jemand, den wir nicht vergessen dürfen,“ sagte Brownlow, nach der Klingelschnur greifend.

„Sage Mrs. Bedwin, sie möchte einmal heraufkommen,“ befahl er dem eintretenden Diener.

Die bejahrte Haushälterin erschien sogleich, machte ihren Knicks und blieb, des Befehls des Herrn gewärtig, an der Türe stehen.

„Mein Gott, Sie werden ja alle Tage blinder,“ sagte Brownlow ein wenig verdrießlich.

„Mag wohl sein, Sir,“ erwiderte die gute Alte. „In meinen Jahren pflegen die Augen nicht schärfer zu werden, Sir.“

„Das hätte ich Ihnen auch sagen können,“ entgegne-

fügte der „Kreisblatt"-Redakteur einen viermal längeren Redaktionsschwanz an, in dem wiederum die Sache entstellt und Hofmann in der gröbsten Weise beleidigt wurde.

Nun war die Geduld des Genossen Hofmann zu Ende. In einem kräftigen Artikel kennzeichnete er die Kreisblatt-Methode und forderte den Redakteur Pilz auf, ihn zu verklagen. Die nun folgende Verhandlung fiel nicht zugunsten des Kreisblattes aus. Hofmann erhob wegen früherer Angriffe des Kreisblattes in neun Fällen Widerklage. Schließlich wurde Pilz zu 30 Mk. und Genosse Hofmann zu 30 Mk. verurteilt, obwohl der Pilzsche Rechtsanwalt gegen Hofmann 1000 Mk. Geldstrafe beantragt hatte. Ein Glück für den Kreisblatt-Redakteur war, daß von den 9 Widerklagen Hofmanns 7 für verjährt erklärt und nur 2 zugelassen wurden.

In der Urteilsbegründung wurde betont, daß Pilz unseren Genossen Hofmann ganz grundlos beleidigt habe und nur deshalb nicht höher bestraft werde, weil ihn infolge seiner wirtschaftlichen Lage die 30 Mk. Geldstrafe härter treffen als den Angeklagten Hofmann. Die Strafkammer in Rudolstadt warf das ganze Urteil um und kam zu dem unglaublichen Erkenntnis, Pilz freizusprechen, während Hofmann 100 Mk. Geldstrafe erhielt. Das Gericht nahm an, die beiden Widerklagen seien verjährt, da sie nicht form- und zeitgerecht eingereicht seien. Das Jenaer Oberlandesgericht als letzte Instanz war jedoch in dieser Sache entgegengesetzter Meinung, hob das Urteil auf und verwies den Prozeß an die Strafkammer zurück. Diese erkannte nun gegen Hofmann wieder auf 100 Mk. Geldstrafe, erklärte Pilz zwar der Beleidigung schuldig, aber für straffrei. Hofmann soll ¾, Pilz ¼ der nicht unbeträchtlichen Kosten tragen.

Von dem Landgericht Bautzen als Berufungsinstanz wurde der Genosse Uhlig, Redakteur der „Zittauer Volkszeitung", zu 1000 Mark, ein anderer Mitangeklagter, ein Apotheker, zu 1500 Mark Strafe wegen Beleidigung eines Arztes verurteilt. Das erstinstanzliche Urteil des Schöffengerichtes Zittau lautete auf je 2 Monate Gefängnis.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosenzählung in Berlin. Die von der Partei und den Gewerkschaften Groß-Berlins veranstaltete Zählung der Arbeitslosen hat ein geradezu fürchterliches Resultat ergeben. War man schon bei der von kommunalwegen veranstalteten Zählung am 17. November 1908 allgemein der Anschauung, das zurzeit angewendete Meldesystem umfasse kaum zwei Drittel aller Arbeitslosen, so erweist die nichtamtliche Zählung am 13. Febr., daß die Vermutung von der Unzuverlässigkeit der damaligen Meldungen noch eine allzu optimistische gewesen ist. Obwohl unsere Arbeitslosen-Zählungskommission mit peinlichster Gewissenhaftigkeit zweifelhafte Angaben ausgeschaltet hat, wurde festgestellt, daß in Groß-Berlin 101 300 Arbeitslose vorhanden sind. Davon befinden sich 67 367 in Berlin, 33 933 in den Vororten. 3467 Karten wurden als zweifelhaft ausgeschieden. Die Parteiorganisation Groß-Berlins, welche dank der tatkräftigen Hilfe der Gewerkschaften das schwierige Werk unternommen hat, hat vorzügliche Arbeit geleistet und über alle Erwartung gut funktioniert. Es mögen wohl an 40- bis 50 000 Zähler angetreten sein, und die eingeholten Fragekarten beweisen, mit wie großer Gewissenhaftigkeit und reger Arbeitslust die Genossen Berlins diese sonst dem Staat und der Gemeinde zukommende Aufgabe gelöst haben.

Arbeitslosenzählung. Am 14. Februar unternahm das Flensburger Gewerkschaftskartell, unterstützt von der Parteiorganisation, eine Zählung der Arbeitslosen. Das Resultat ist: Arbeitslose in Flensburg 1052, davon ledig 388, verheiratet 664 mit 1422 Kindern unter 14 Jahren. Gewerkschaftlich organisiert sind 647, nicht organisiert 405. Durch die Arbeitslosigkeit leiden sonach direkt 3050 Personen. In einer Reihe von Vororten wurden über 150 Arbeitslose gezählt. Die Arbeiter dieser Orte sind alle in Flensburg beschäftigt. Der Vorstand des Gewerkschaftskartells wird einen Antrag auf Bereitstellung weiterer Mittel zu Notstandsarbeiten an den Magistrat einreichen. Bisher sind 10 000 Mark zu diesem Zwecke bewilligt, aber bereits aufgebraucht worden.

Die angedrohte Aussperrung in den Lederwerken von Schmidt & Co. in Eschwege ist durch Eingreifen des Gauleiters der Lederarbeiter verhindert worden. Es wurde Einigung dahin erzielt, daß die Firma die Kündigungen zurücknahm.

Formerstreik. Im Eisenwerk Neubrandenburg, A.-G., vorm. Rahn, sind die Former und Gießereiarbeiter wegen fortwährender Lohnreduktionen in den Ausstand getreten. Seit September 1908 ist in diesem Betrieb ein Abzug dem andern gefolgt. Die Former nahmen in Rücksicht auf die schlechte Geschäftslage vom weiteren Schritten zunächst Abstand. Hierdurch scheint die Firma nur zu neuen Taten ermutigt worden zu sein. Sie nahm weitere Kürzungen der Akkordpreise vor. Es ist jetzt so weit, daß die Arbeiter bei einer Reihe von Artikeln kaum noch 2,50 Mk. pro Tag verdienen können. Dazu kommt, daß sich die Former jede Hilfsarbeit selbst verrichten müssen. Die Hilfsarbeiter, die früher in Lohn beschäftigt waren, haben jetzt Akkord erhalten, wobei sie nicht auf ihren schon recht geringen Lohn kommen. Auch sonst sieht es in der Gießerei traurig aus. Es fehlt an Trinkwasser. Beim Gießen ist alles total verqualmt. Es fehlt auch am Werkzeug.

Am 24. Januar fand eine Verhandlung zwischen einem Vertreter der Bezirksleitung und dem Betriebsleiter statt, die aber ebensowenig zu einem Resultat führte, wie die Verhandlung mit der Kommission der Former. Infolgedessen wurde in einer am Abend abgehaltenen Versammlung einstimmig beschlossen, in den Streik einzutreten. Jetzt lenkte die Firma ein und versprach, die alten Preise weiter zu zahlen. Aber bereits nach vierzehn Tagen war dieses Versprechen vergessen. So blieb nichts anderes übrig, als den Beschluß vom 24. Januar zur Durchführung zu bringen. Es kommen nur 8 Former und 9 Maschinenformer resp. Hilfsarbeiter in Frage. Es wird dringend ersucht, den Zuzug von Formern und Gießereihilfsarbeitern von Neubrandenburg fernzuhalten. Das „Werk" ist gegenwärtig gut beschäftigt. Gelingt es, dasselbe von Streikbrechern freizuhalten, so ist den Arbeitern der Erfolg gewiß

Tarif- und Lohnbewegungen. Zwischen den Verbänden der Arbeitgeber und Arbeiter des Malergewerbes ist soeben eine Geschäftsordnung für die Ueberwachung, Einhaltung und Ausgestaltung des in Berlin am 30. April 1908 zwischen den Parteien abgeschlossenen Normaltarifs im Malergewerbe vereinbart worden. Vorgesehen sind laut § 7 des Normaltarifs Tarifüberwachungskommissionen für bestimmte Lohngebiete, die von den Gau- bezw. Bezirksleitungen der vertragschließenden Organisationen abzugrenzen sind. Die Tarifkommissionen haben die Aufgabe, über die Durchführung des Tarifs zu wachen und entstehende Differenzen zu schlichten. Ueber die Geschäftsführung dieser Tarifkommissionen sind in der jetzt vereinbarten Geschäftsordnung die nötigen Bestimmungen getroffen.

In der Holzindustrie sind am 12. Februar die durch die vorjährigen Tarifabschlüsse vereinbarten Abänderungen in Kraft getreten. In 19 Städten tritt eine Verkürzung der Arbeitszeit ein, meistens von 57 auf 56 und von 53 auf 52 Stunden, in Berlin von 52 auf 51 Stunden pro Woche. Ebenfalls in 19 Städten trat eine Lohnerhöhung von 1 bis 2 Pfg. pro Stunde in Kraft.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma Sims u. Co. in London (England) werden fortwährend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verschlechtert, so daß die dortige Metallarbeiterorganisation gezwungen war, über diese Firma die Sperre zu verhängen. Demnach bekommt jetzt die Firma keine geeigneten Arbeitskräfte und versucht, durch Agenten und Inserate deutsche, insbesondere Berliner Metallarbeiter nach London zu engagieren, damit dieselben Arbeitswilligendienste verrichten. Es kann wohl ohne weiteres angenommen werden, daß jeder Kollege ein solches Anerbieten zurückweisen wird. Die Firma Sims u. Co. in London ist für Metallarbeiter gesperrt.

Die Wut der preußischen Eisenbahnbureaukraten gegen die Koalitionsbestrebungen der Eisenbahner hat wieder einen der sattsam bekannten Erlasse gezeitigt, die den Eisenbahnarbeitern mit der Hungerpeitsche drohen, wenn sie es wagen sollen, dem freien Eisenbahnerverband beizutreten. In der Hauptwerkstatt zu Jena lautet eine neue Bekanntmachung, die vom Berlin aus wohl allen preußischen Eisenbahndirektionen aufgegeben ist, nach der „Weimarischen Volkszeitung" folgendermaßen:

„Wir teilen den Eisenbahnbediensteten hierdurch mit, daß der sogenannte Hamburger Verband als Reichssektion der Eisenbahner in dem Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter-Verband seit dem 1. Oktober 1908 aufgegangen ist. Der Beitritt zu diesem Verband ist den Bediensteten nach § 2 Ziffer 3 der Arbeitsordnung verboten und zieht sofortige Entlassung nach sich. Der Verband hat das Bestreben, den guten Frieden zwischen Eisenbahnverwaltungen und Bediensteten zu zerstören. Wir erwarten, daß die Bediensteten so einsichtig sind und uns keinen Anlaß zum Einschreiten geben.

Königliche Eisenbahndirektion Erfurt."

Wir haben früher schon dargetan, daß der preußische Eisenbahnminister keinerlei Recht besitzt, den Angestellten und Arbeitern seines Ressorts den Eintritt in irgendeine Gewerkschaft zu verbieten. Würde er gezwungen werden, sein Verbot mit Gründen zu belegen, dann käme er in arge Verlegenheit. Aber auf Gründe kommt es bekanntlich da sehr wenig an, wo Macht und Willkür allein ausschlaggebend sind. In Süddeutschland bestehen unangefochten freie Eisenbahnerverbände, ohne daß der Friede zwischen Verwaltung und Angestellten gestört wird. Auch in Preußen wird man die Organisation der Eisenbahner nicht zertrümmern können, trotz aller Maßregelungen und Brotlosmachung von Familienvätern. Denn auch für die preußischen Eisenbahner ist eine gewerkschaftliche Organisation bitter notwendig, wenn sie sich günstigere Arbeitsbedingungen erobern wollen. Selbst ein Kollege des preußischen Eisenbahnministers, Herr v. Bethmann-Hollweg, mußte bei der Beratung der Arbeitskammervorlage am 15. Januar im Reichstag zugeben: „Was alles von einer reinen Arbeitervertretung in ihren Wirkungskreis zum Besten der Arbeiter gezogen werden kann, darauf haben die Gewerkschaften tatsächlich erstreckt. Keine Gesetzgeber hätte mit der Umsicht, mit der Energie, mit dem Organisationstalent, auch nicht mit dem rücksichtslosen Draufgängertum der gewerkschaftlichen Bewegung irgendwie in Konkurrenz treten können." Das trifft auch völlig auf den sogenannten Hamburger Eisenbahnerverband zu, und alle Maßregelungen und Verfolgungen haben bisher den Verband nicht erschüttert, und nur die ungewollte Folge gehabt, die Eisenbahner aufzurütteln. Der Ukas behauptet, daß der Eisenbahnerverband das Bestreben habe, den Frieden zu stören. Das ist nicht wahr. Der Friede wird lediglich durch das Schwingen der Hungerpeitsche und durch die brutalen Maßregelungen gestört. Der Zweck des Verbandes der Eisenbahner Deutschlands, der seit 1897 besteht und sich am 1. Oktober 1908 als Reichssektion dem Deutschen Transportarbeiterband angeschlossen hat, ist vielmehr ein durchaus friedlicher und den Frieden eminent fördernder. Der Verband bezweckt, wie aus einem kürzlich verbreiteten Flugblatt hervorgeht:

1. Erzielung günstiger Lohn- und Besoldungsverhältnisse.
2. Verkürzung der täglichen Dienstzeit auf höchstens 8 Stunden. In den Dienstzweigen, wo dies nicht sofort angängig ist, möglichste Verkürzung der Arbeitszeit mit den nötigen Ruhepausen.
3. Festlegung einer wöchentlichen Ruhepause von 36 aufeinander folgender Stunden.
4. Festlegung eines Erholungsurlaubs von mindestens acht Tagen ohne Lohnabzug für sämtliches Personal.
5. Anrechnung sämtlicher geleisteter Dienstjahre bei Beförderungen und Pensionierungen.
6. Umgestaltung der Dienst- und Arbeitsordnungen auf Grundlage der Vereinbarungen mit dem Personal. Alle Vorschriften über persönliche Gesinnung und politische Ueberzeugung sind hieraus zu beseitigen.
7. Förderung der gemeinsamen Vereinbarungen und Unterhandlungen zwischen Verwaltungen und Vertretern des Personals bei allen Dienst- und Besoldungsangelegenheiten. Anerkennung der Gleichberechtigung des Personals.
8. Förderung der geistigen Interessen durch Errichtung von Bibliotheken, Veranstaltung fachwissenschaftlicher Vorträge, sowie solcher volkswirtschaftlicher und sozialer Art. Pflege der Berufsstatistik.
9. Unterhaltung einer in diesem Sinne geleiteten Zeitschrift.
10. Pflege des geselligen Verkehrs und des solidarischen Geistes unter den Berufskollegen.
11. Unterstützungen der Mitglieder bei Krankheiten, Betriebsunfällen, Sterbefällen und Maßregelungen.
12. Gewährung von Rechtsschutz.

Allen Eisenbahnern kann daher der Eintritt in die Reichssektion nur angeraten werden, sintemalen den Mitgliedern auch allerlei Vorteile geboten werden. So wird das Verbandsorgan „Der Weckruf" gratis geliefert. Unterstützungs-Einrichtungen, wie sie beim Deutschen Transportarbeiter-Verband auch für die Reichssektion der Eisenbahner bestehen, hat keine andere deutsche Eisenbahnarbeiterorganisation aufzuweisen. Die Mitglieder der Reichssektion der Eisenbahner erhalten Arbeitslosenunterstützung jährlich bis zu 10 Mk. pro Woche auf die Dauer von 10 Wochen. Krankenunterstützung jährlich bis zu 8 Mk. pro Woche auf die Dauer von acht Wochen. Sterbegeld bis zu 120 Mk., je nach der Zahl der geleisteten Beiträge. Gemaßregelten-Unterstützung auf die Dauer von 13 Wochen und in besonderen Fällen bis 26 Wochen, an ledige Mitglieder pro Woche 14 Mk. und an verheiratete Mitglieder für die Frau und für jedes Kind 1 Mk. mehr.

Die preußische Eisenbahnbureaukratie mag wüten so viel sie will, sie wird die Reichssektion der Eisenbahner nicht zerschmettern!

Eine Gewerbegerichtsentscheidung von großer Tragweite fällte das Gewerbegericht Mülhausen i. E. Ende vergangener Woche. Es verurteilte auf die Klage einiger Arbeiter die Maschinenbauwerkstätte Ducommun (Aktien-Gesellschaft) zur Zahlung des Lohnes für 4 Arbeitstage zwischen Weihnachten und Neujahr, an denen die Firma die Fabrik geschlossen hatte, ohne daß sie dies rechtzeitig bei der vorletzten Lohnzahlung dem Personal angekündigt hatte. Wenn, wie dies voraussichtlich geschieht, nun das ganze Personal den ihm zustehenden Lohn fordert, so bedeutet dies für die Firma eine Ausgabe von rund 5000 Mark.

Die Entscheidung erfolgte nach Erstattung eines Sachverständigengutachtens, durch welches der Einwand der Firma, daß die Reparatur der drei Dampfmaschinen im Betriebe die Arbeitseinstellung plötzlich nötig gemacht habe, widerlegt wurde. Nach dem Gutachten erforderte diese Reparatur höchstens zwei Tage. Die Firma hatte den Betrieb aber gleich für 6 Tage stillgelegt, — für die überschüssigen 4 Tage muß sie jetzt Lohn zahlen. Vor einigen Jahren fällte das Gewerbegericht gegen eine Spinnerei in Mülhausen eine ganz ähnliche Entscheidung, was dieser Firma ebenfalls eine hohe Ausgabe verursachte, ohne daß „die Herren im Hause" davon gelernt hätten.

Lohnbewegung. Die sämtlichen Arbeiter der Firma Gensburger in Colmar i. E. haben die Kündigung eingereicht, da die Firma gelegentlich der schwebenden Lohnbewegung Verhandlungen abgelehnt hat, sowohl mit dem Vertreter der Organisation wie mit dem Vertreter der Arbeiter im Betrieb. Herr Gensburger verwies die Arbeiter mit ihren Forderungen an das Syndikat der Industriellen in Mülhausen, in dem er Mitglied ist. Trotzdem werden die Arbeiter nochmals versuchen, mit der Firma Verhandlungen anzubahnen, ehe sie in den Ausstand treten, der eventuell weitere Folgen nach sich ziehen kann, wenn sich das Syndikat der Industriellen der Sache annimmt.

Die Eulengebirgsweber in den Streik getrieben. Die beiden großen Textilfirmen W. Neugebauer und Pospischill in Langenbielau wollten der Arbeiterschaft einen Tarif aufzwingen, der Lohnreduktionen bis zu 30 Prozent vorsah. Darauf haben fast alle Arbeiter am Sonntag vormittag die Arbeit niedergelegt.

Sämtliche Parkettleger in Straßburger i. E. sind ausgesperrt worden. Die Unternehmer waren mit der von den Arbeitern angebotenen Verlängerung des vor 2 Jahren am 1. Februar abgeschlossenen Tarifs auf ein Jahr nicht einverstanden. Sie versuchten Lohnkürzungen, und da es bei den seit Dezember gepflogenen Verhandlungen zu keiner Einigung kam, entließen die Unternehmer die Arbeiter. Zuzug ist deshalb fernzuhalten.

Aus den Unternehmerorganisationen. Am Montag fand in Köln eine Versammlung von Steinmetzunternehmern und Steinbruchbesitzern von Rheinland, Westfalen, der Pfalz und dem Maingebiete statt. Der Sekretär des Unternehmerverbandes für das Baugewerbe, Querbach-Köln, führte aus, daß der Verband den Zweck haben solle, gegen die „übermäßigen Forderungen der Arbeiter" gemeinsam Front zu machen und ein wachsames Auge auf die Gesetzgebung zu halten. Andere Redner sprachen sich im nämlichen Sinne aus; man legte die Betonung auf die Bekämpfung der Arbeiterorganisation. Schließlich wurde beschlossen, einen Verband für das Rheinland gesondert zu gründen; die Pfalz und das Maingebiet sollen das nämliche für ihr Gebiet tun.

Soziales.

Bösartige Sozialpolitik. In Nürnberg besteht noch die Gemeindekrankenversicherung, wodurch die Arbeiterschaft bedeutend geschädigt wird. Seit 25 Jahren wurde fortgesetzt die Errichtung einer allgemeinen Ortskrankenkasse verlangt; der Magistrat hat dies stets verweigert, weil er den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht nicht gönnt und den Unternehmern die höheren Beiträge ersparen will. Ein neues Gesuch dieser Art wurde im vorigen Mai wieder eingereicht, aber neuerdings abgelehnt. Nachdem hiergegen Beschwerde erhoben war, ordnete die Regierung an, daß der Magistrat die Sache zu instruieren habe. Der Magistrat beschloß nun, eine Abstimmung der Versicherungspflichtigen vornehmen zu lassen, für die eben das Ausschreiben erlassen wurde. Danach wird bestimmt, daß mehr als die Hälfte der sämtlichen vorhandenen Versicherungspflichtigen, auch die Lehrlinge, jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen usw. mit eingerechnet, für die Ortskasse stimmen müssen, widrigenfalls dieselbe als abgelehnt zu gelten hat. Diejenigen, die von ihrem Wahlrecht nicht Gebrauch machen werden also ohne weiteres als Gegner der Ortskrankenkasse erklärt. Bei diesem Modus, der anderwärts noch nirgends angewendet wurde, ist es selbstverständlich unmöglich, eine Mehrheit zustande zu bringen, und das ist auch die wohlberechnete Absicht des Magistrats, die ihn bei der Festsetzung dieses Systems geleitet hat. Der ganze Modus kommt auf dasselbe hinaus, als wenn bei den Reichstagswahlen die Stimmen der Nichtwähler als für die Regierungskandidaten abgegeben erklärt würden. Die organisierte Arbeiterschaft gibt auf diese Verhöhnung die einzig richtige Antwort: sie wirft dem Magistrat den ganzen Bettel vor die Füße. Es wurde bereits die Parole ausgegeben, daß sich kein Arbeiter an der Abstimmung beteiligen soll. Als vor fünf Jahren das gleiche Verfahren beliebt und ebenfalls die Parole der Wahlenthaltung ausgegeben wurde, übten die Arbeiter so glänzende Disziplin, daß während der 3 Wochen dauernden Wahlhandlung ganze 42 Stimmen abgegeben wurden. Aehnlich wird es auch diesmal kommen.

ssc. **Das Hilfsarbeiterwesen in der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung.** In einer den obigen Titel tragenden Broschüre, die den Parlamenten zugegangen ist, wird Klage geführt über die Bevorzugung der Juristen gegenüber den Technikern in der preußisch-hessischen Eisenbahnverwaltung und die daraus resultierenden Mißstände, insbesondere die übermäßige Ausdehnung des Hilfsarbeiterwesens. Haben wir auch keine Ursache, uns als Fürsprecher höherer Beamten zu betrachten, solange für die unteren Beamtenkreise noch so viel Not und Ungerechtigkeit existieren, so kann doch den vorliegenden Beschwerden die Berechtigung nicht abgesprochen werden, um so mehr als es sich hier um Mißstände handelt, unter denen auch die Gesamtheit zu leiden hat. Es ist charakteristisch für die Auffassung, die heute in den regierenden Kreisen maßgebend ist, derzufolge der Jurist eben alles versteht, daß man in einem so hervorragend technischen Betriebszweig, wie das Eisenbahnwesen es ist, das technische Element zurückzusetzen sucht gegenüber dem juristischen.

So hat man z. B. bei der im Jahre 1895 stattgefundenen vollkommenen Neuorganisierung der preußischen Eisenbahnverwaltung die Etatsmäßigen Stellen der höheren Techniker von 834 auf 594, also um 28 Prozent vermindert, während gleichzeitig die der Juristen von 146 auf 166 oder um 14 Prozent vermehrt wurden. Zwar mußten, dem Zwange der Verhältnisse folgend, die den Technikern genommenen Stellen allmählich wieder eingefügt werden. Dennoch kann von einer gesunden Entwicklung keine Rede sein, wenn von 1894 bis 1907 die Zahl der technischen Verwaltungsbeamten sich nur von 834 auf 946 oder um 13 Prozent, die der juristischen sich aber von 146 auf 221 oder um 51 Prozent vermehrt haben. Diese geringe Vermehrung der leitenden technischen Beamten steht auch im schroffen Gegensatz zu der gewaltigen Zunahme des Verkehrs, die in dem genannten Zeitraum die Gesamteinnahmen der preußischen Eisenbahnverwaltung um 113 Prozent, die Ausgaben um 110 Proz[illegible] und die Bahnlänge um 36 Prozent steigen ließ. — Bese[illegible] die höchsten Stellen werden den Technikern vorenthalte[illegible] von den 21 Präsidenten der verschiedenen Direktionsbezirke waren nur 6 technisch vorgebildet.

In engem [illegible]sammenhang mit dieser Einschränkung der etatsmäßigen Stellen für Techniker steht die Ausdehnung des Hilfsarbeiterwesens. Es waren am 1. April 1907 von Hilfsarbeitern vorhanden:

Brownlow. „Doch setzen Sie Ihre Brille auf und sehen Sie zu, ob Sie nicht selbst entdecken können, weshalb ich Sie habe heraufkommen lassen.

Die alte Frau begann sogleich in ihren Taschen zu wühlen; aber Oliverz Geduld hielt die Probe nicht aus, er überließ sich dem Drange seiner Gefühle und warf sich in ihre Arme.

„Gott sei mir gnädig! — es ist mein unschuldiger Knabe!" rief sie aus, indem sie ihn zärtlich in die Arme drückte.

„Meine liebe alte Pflegemutter!" rief Oliver.

„Gott, ich wußte es wohl, daß er zurückkehren würde! Wie gesund und blühend er aussieht, und er ist obendrein wie 'nes Edelmanns Sohn gekleidet! Wo bist du so lange, so lange gewesen? Ach! es ist dasselbe süße Gesichtchen, aber nicht so blaß; dasselbe sanfte Auge, aber nicht so trübe. Sie sind mir gar nicht aus dem Sinne gekommen, und ihr stilles Lächeln auch nicht; ich habe sie Tag für Tag neben meinen lieben Kindern gesehen, die, seit ich ein glückliches junges Weib war, tot und dahingegangen sind."

Sich so ihrer Redseligkeit überlassend und Oliver bald von sich haltend, um ihn genauer ansehen zu können, und ihn bald zärtlich an die Brust drückend und ihm die Locken aus dem Gesichte streichend, weinte und lachte die gute alte Seele in einem Atem.

Brownlow überließ beide dem Austausch ihrer Gefühle und führte Rose in ein anderes Zimmer, wo sie ihm einen ausführlichen Bericht über die Unterredung mit Nancy erstattete, die ihn nicht wenig überraschte und in Verwirrung und Unruhe setzte. Rose teilte ihm auch ihre Gründe mit, weshalb sie nicht ihren Freund Losberne zunächst zum Vertrauten gemacht hätte. Der alte Herr äußerte, sie habe daran sehr klug getan, und erklärte sich bereit, mit dem würdigen Doktor selbst in Beratung zu treten. Um ihm hierzu eine baldige Gelegenheit zu verschaffen, wurde verabredet, daß er noch an demselben Abend in der Villa vorsprechen und daß mittlerweile Mrs. Maylie von allem, was vorgefallen war, vorsichtig in Kenntnis gesetzt werden sollte. Sobald diese vorläufigen Bestimmungen getroffen waren, kehrten Rose und Oliver wieder nach Hause zurück. (Forts. folgt.)

	juristische	technische
1. im Ministerium	3	14
2. bei den Direktionen und Zentralamt	43*)	370
3. bei den Inspektionen	—	136
4. bei den Bauabteilungen	—	46
	46	566

*) ohne 31 im Probejahr befindliche Gerichtsassessoren.

46 juristischen Hilfsarbeitern stehen also 566 technische gegenüber — bei einer etwa fünfmal so großen Zahl etatsmäßig angestellter Techniker — das ist allerdings ein ungeheuerliches Mißverhältnis! Von den überhaupt beschäftigten Technikern waren 1907: 35 Prozent nur als Hilfsarbeiter angestellt, — von den Juristen nur 11 Prozent! Die Beförderungsverhältnisse der Techniker sind infolge dieses Mißverhältnisses natürlich sehr schlechte, was wieder zur Folge hat, daß begabte Techniker sich lieber der Privatindustrie als dem Staatsdienst zuwenden. Aber auch für die Verwaltung ergeben sich mancherlei schädliche Folgen. Der technische Hilfsarbeiter hat keine Gelegenheit, sich in die laufenden Verwaltungsgeschäfte wirklich einzuarbeiten; er dient nur als Lückenbüßer und muß sich im Vertretungsfalle auf die Angaben der ihm untergeordneten Beamten verlassen. Es fehlt ihm im allgemeinen die verantwortliche und befriedigende Tätigkeit. Daß das Fehlen eines verantwortlichen Fachmannes gerade an den leitenden Stellen das Unterbleiben manches technischen Fortschritts, mancher möglichen Ersparnis zur Folge haben muß, liegt auf der Hand. Man kann sich daher den Forderungen der Broschüre: stärkere Berücksichtigung des technischen Elements in der Verwaltung durch etatsmäßige Anstellung der jetzt nur als Hilfsarbeiter beschäftigten Beamten, Schaffung neuer technischer Dezernate, insbesondere von Maschinenbaudezernaten, stärkere Einstellung von Hochbautechnikern usw. — nur anschließen.

Gerichtliches.

Verurteilung wegen Streikpostenstehen. Die Amtshauptmannschaft Meißen hatte im vorigen Jahre anläßlich des Ausstandes der Glasarbeiter in Brockwitz den Streikposten verboten, sich in der Zeit von morgens 6 bis abends 6 Uhr in der Nähe des Betriebes aufzuhalten. Ein Streikender war nun abends 9 Uhr mit seiner Tochter in der Nähe des Betriebes spazieren gegangen und erhielt dafür ein auf 10 Mark lautendes Strafmandat. Dann folgte ein weiteres Strafmandat von 10 Mark, weil er bei einem Bäcker Brot geholt und dabei einen Umweg gemacht hatte. Das Gericht hob den ersten Strafbefehl auf, weil der Streikende nachweisen konnte, daß er zum Spaziergange aufgefordert worden war; dagegen wurde das zweite Strafmandat bestätigt, weil der Umweg nicht nötig war.

Die Bewertung eines Landarbeiterlebens. In der Nacht vom 9. zum 10. August vorigen Jahres kehrten mehrere Arbeiter aus dem Dorfe Lüdershagen gegen Mitternacht von einem Waldfeste in ihr Heimatsdorf zurück und mußten dabei den Gutshof von Neuenlübke (Vorpommern) passieren. Dort stellte sich ihnen der Inspektor Laevermann entgegen und verbot ihnen den Weg. Als sie geltend machten, daß sie diesen Weg doch immer unbeanstandet benutzt hätten, griff Laevermann die drei Arbeiter an, so daß es schließlich zu einer Balgerei kam, bei welcher dem Laevermann der Inspektor Maaß aus Pantelitz sekundierte. Schließlich konnten die Angegriffenen weitergehen. Als sie bereits in der Nähe ihres Wohnortes waren, hörten sie ihren aus Neuenlübke stammenden zurückgebliebenen Kollegen Hermes jämmerlich schreien. Sie liefen zurück, um zu sehen, was passiert sei und fanden Laevermann und Maaß und eine Anzahl Erntearbeiter mit Jagdgewehr und Dunggabeln bewaffnet, die auf Hermes einschlugen. Als die Angreifer der drei ansichtig wurden, stürzten sie sich auf diese, und Maaß schlug mit dem Gewehrkolben den Arbeiter Brunshagen derart auf den Kopf, daß derselbe hinstürzte. Den anderen Arbeitern gelang es, der wütenden Rotte zu entfliehen. Brunshagen, der eine schwere Schädelverletzung erlitten hatte, wurde auf eine Dungschleife geworfen und nach Neuenlübke gefahren. Hier wurde der Aermste durch Maaß und Laevermann in grauenvoller Weise gemartert. Er wurde geschlagen, gestoßen, mußte sich aufrichten und exerzieren, sollte Kniebeuge machen usw. Da er aber natürlich immer wieder zusammenbrach, wurde erneut auf ihn eingeschlagen. Als der Schwiegervater aus Neuenrost herbeieilte, ihm Hilfe zu bringen, fand er ihn mit aus dem Kopfe gequollenen Augen. Das Gehirn lag bloß, die Finger waren gebrochen, das Fleisch hing in Fetzen an den Knochen und die Geschlechtsorgane waren grausam verstümmelt. Als der Schwiegervater bat, sie möchten doch seiner Tochter den Ehemann, den drei kleinen Kindern den Vater wiedergeben, antworteten die rohen „Helden": „Er muß erst bekennen, sonst muß er krepieren." Schließlich drohte man dem alten Manne noch mit Erschießen. Um 11 Uhr vormittags kam endlich ein Arzt und zwei Gendarmen, die den Halbtoten seinen Peinigern entrissen. Am übernächsten Tage erlag Brunshagen den grausamen Verletzungen.

Nun hatten sich die beiden Inspektoren vor dem Schwurgericht in Greifswald zu verantworten. Und das Resultat? Maaß wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, Laevermann freigesprochen! Angesichts solcher Urteile gibt es noch Leute, die sich wundern, daß das Vertrauen zu unserer Justiz in immer weiteren Volkskreisen zum Teufel geht. Was wäre wohl mit den armen Landsklaven geschehen, wenn sie einen Gutsinspektor auf solche Weise zu Tode gemißhandelt hätten?

Vermischtes.

Hochwasser und Deichbrüche. Havelberg, 15. Februar. Die Havelberger Einwohner sind heute nachmittag noch in fieberhafter Tätigkeit, in den an der Havel belegenen Straßen die Ställe zu räumen und das Vieh in Sicherheit zu bringen. Geschäftsleute, die im Keller Waren lagern, schaffen sie eiligst auf den Hausboden. Denn die Gefahr, daß die Deiche der Gewalt der empörenden Wellen und der Eisschollenberge nicht standhalten, ist auch jetzt noch keineswegs vorüber. Die Unruhe der Bevölkerung wird erhöht durch die Meldung, daß die Einwohnerschaft des an der Elbe belegenen Ortes Sandau heute nachmittag nochmals alamiert worden ist, um den Rest ihrer Habseligkeiten zu bergen, da jeden Augenblick der Elbdamm nochmals an einer Stelle durchbrochen werden kann, die weitere mächtige Wassermassen in den Ort eindringen läßt. Das Wasser der Elbe steht sieben Meter hoch; Havel und Elbe sind um über vier Meter über den normalen Stand gestiegen.

Die Ursache der Katastrophe wird auf die ungewöhnlichen Eisverhältnisse zurückgeführt. Die Elbe macht vom Ort Arneburg bis Wittenberge einen etwa 5 bis 6 Kilometer großen Bogen, der sich vollständig mit Eisschollen festgesetzt hat. Scholle hat sich hier auf Scholle geschoben, so daß die Elbe auf mehrere Kilometer weit vom Grunde bis zur Wasseroberfläche ein Gebirge von Eis bildet, das den gesamten Wasserlauf des mächtigen Stromes hemmt. Bei Sandau, wo die Ufer durch künstliche Dämme befestigt sind, ist es dann zur Katastrophe gekommen. Die Deiche hätten nach dem Urteil der Sachverständigen schon längst nicht mehr dem ungeheuren Eis- und Wasserdruck standhalten können, wenn sie nicht festgefroren wären. Bei dem jetzt eingetretenen milden Wetter haben sich die Erdmassen erweicht und so den Durchbruch ermöglicht.

Die Nacht zum Sonntag brachte in Havelberg und den umliegenden Ortschaften angstvolle Panik mit sich. Die erschreckten Bewohner der unteren Stadt riefen um Hilfe, die Sturmglocken läuteten, die Feuerwehr blies auf ihren Hörnern Alarm, und die im Hafen von Mühlholzen ankernden Dampfer, die in der Havel im Winterquartier liegen und von den Schiffersfamilien bewohnt werden, heizten die Kessel und gaben fortgesetzt langgezogene dumpfe Warnungssignale. Frauen und Kinder der Schiffer mußten ihre Fahrzeuge noch in der Nacht verlassen, weil die Gefahr bestand, daß die Schiffe von dem ins Land sich wälzenden Wasser und von den Eismassen zerschellt würden. Die Fahrzeuge wurden vom heftigen Sturm hin und her geschleudert und konnten nur unter großer Anstrengungen doppelt und dreifach verankert werden. Ohrenbetäubend war das dumpfe Gurgeln und Brausen des anstürmenden Wassers und das fürchterliche Heulen des berstenden Eises, das sich mit der schaurigen Melodie des Sturmes zu einer Höllensymphonie vereinigte. Die erste Welle, die sich vom zerissenen Deich ins Havelland stürzte, war einen Meter hoch.

Die von der Regierung entsandten Hochwasserverständigen erkannten sofort die große Gefahr und wollten heute den Damm der Elbe, der nach dem Havellande zu liegt, durch die Pioniere durchstechen lassen, damit das Wasser nach den Havelniederungen einen Abfluß findet. Hier kann das Wasser nicht so großen Schaden anrichten, als wenn es in die meilenweite Ebene der Altmark hineinstürzen würde. Die Absicht der Sachverständigen wurde von den Naturgewalten aber vereitelt. Denn schon am Sonntag abend wurde der Elbdamm hundert Meter weit zerrissen und von den Fluten in Sandkörner aufgelöst. Zum Schrecken aller stürzte sich das Wasser in die Altmark, wo der Wasserschaden heute schon nach Millionen zählt. Die ganze „Wische" steht meilenweit unter Wasser. Die Wische ist das fruchtbarste Land der Altmark, in dem der in ganz Deutschland berühmte Altmärker Weizen und die Altmärker Gerste gebaut werden. Die gesamte Aussaat vom Herbst ist fortgespült worden. An eine Neubestellung der Felder ist auf Jahre hinaus nicht zu denken. Der Mutterboden ist durch Strudel aufgewühlt und wird erfahrungsgemäß mit Sand, den die Elbe reichlich mit sich führt, bedeckt. Das Dorf Fischbeck im Havelländischen wurde im Jahre 1854 von einem ähnlichen Ereignis betroffen und noch heute haben die Landleute mit der großen Versandung des Bodens zu rechnen.

Von Sandau bis Wittenberge bildet die Elbe ein einziges Eisschollengebirge und man glaubt sich an die Küste Spitzbergens versetzt. Das Eis ist stellenweise über einen halben Meter dick. Die Rettungsarbeiten an den Dämmen der Havel und Elbe mußten eingestellt werden, weil sich die Arbeiten als überaus lebensgefährlich und angesichts des ungeheuren Wasserdruckes als zwecklos erwiesen. Im ganzen stehen etwa 50 Ortschaften und Güter unter Wasser.

Havelberg, 16. Febr. Gestern mittag riß das Hochwasser auch den Damm bei Wehlgast an der Dosse ein, und die angesammelten Wassermassen ergossen sich brausend weiter in die Mark. Ein Schleusenwärter ertrank in den Fluten. Viele Bewohner haben nur das nackte Leben retten können. Gestern mittag wurden die Pioniere telegraphisch nach der Altmark abgerufen, weil dort die Not sehr groß ist und viele Menschen in Lebensgefahr sind. Die Pioniere fuhren in einem Extrazug nach Stendal, und von dort gehen sie in das Notstandsgebiet.

Der Aufschlitzer von Berlin. Berlin, 16. Febr. Drei neue Attentate wurden heute gemeldet. Schon in früher Morgenstunde tauchte der Messerstecher in Lichtenberg wieder auf. In der Niederbarnimstr. 25 verließ die 20 Jahre alte Schneiderin Lucie Kaschke um 7¾ Uhr ihre Wohnung. Treppenhaus und Flure waren noch dunkel. Auf dem zweiten Treppenabsatz begegnete dem Mädchen ein ihm unbekannter Mann. Dieser ging wortlos an ihr vorüber und versetzte ihr, als sie Seite an Seite waren, einen Messerstich in den rechten Oberschenkel. Um 11 Uhr vormittags wurde ein zweites Attentat gemeldet. Ein in der Kaiserallee 205 wohnhaftes Mädchen, das um diese Zeit über den Hohenzollerndamm ging, wurde dort von einem Manne, auf den die von den gestrigen Attentaten her bekannte Beschreibung paßte, in den linken Arm gestochen. Auch diesmal gelang es dem Täter, zu entkommen. Das verwundete Mädchen konnte sich allein in seine Wohnung begeben. Kurz vor 12 Uhr wurde in der Eylauerstr. 9 im Hausflur eine Frau Lehmann von einem unbekannten Manne gestochen. Die Frau beschreibt den Täter wie in den übrigen Fällen mit schwarzem steifem Hut und dunklem Ueberzieher. Der Täter ist abermals entkommen.

Paletotmarder. Berlin, 15. Febr. Drei Paletotdiebe sind gestern in der Berliner Universität verhaftet worden. Es sind der 35 Jahre alte Dr. phil. Johann Michalski aus Wien, der 17 Jahre alte Landwirtschaftseleve Oskar Schauwecker und der 25 Jahre alte Kaufmann Wilhelm Diamant aus Reichenberg. Sie sind geständig, in 25 Fällen den Studierenden die Paletots von den Ketten abgelöst zu haben.

Eisenbahnunglück. Allenstein, 15. Febr. Wie die „Allensteiner Zeitung" meldet, ereignete sich in der verflossenen Nacht auf der Strecke Allenstein-Lyck bei Station Puppen ein schweres Eisenbahnunglück. Der 10 Uhr 19 Minuten abends aus Puppen fällige Personenzug nach Allenstein stieß mit einem rangierenden Güterzuge zusammen. Drei Personen, darunter der Postschaffner Ewald Alkenstein, wurden schwer verletzt, der Postwagen und ein Wagen 4. Klasse zertrümmert.

Selbstmord. Magdeburg, 16. Febr. In seiner Privatwohnung erschoß sich heute der Bankier John, Mitinhaber der hiesigen Firma Bank- und Baugesellschaft m. b. H. Das Motiv ist unbekannt. Man mutmaßt geschäftliche Schwierigkeiten.

Tod durch Explosion von Kohlensäure Wie der „Frkf. Ztg." aus Stuttgart gemeldet wird, fiel von einem in der Gemsstraße haltenden Wagen eine Flasche, welche Kohlensäure enthielt, herunter. Das Verschlußstück der Flasche wurde mit solcher Gewalt fortgeschleudert, daß ein in einer Entfernung von 20 Metern stehender junger Mann durch dasselbe getötet wurde. Das Verschlußstück flog ihm auf den Unterleib und riß ihm denselben vollständig auseinander.

In das Getriebe einer Mühle geraten. Barsinghausen, 16. Febr. Gestern nachmittag geriet hier der 16jährige Bergmann Nolte, der seine zum Holzhacken nötige Axt schleifen wollte, ohne von jemand bemerkt zu werden, in das Getriebe einer Mühle, wodurch ihm Arme und Beine gebrochen und er außerdem am Kopf erhebliche Verletzungen davontrug, so daß er innerhalb einer Stunde starb.

Mord. Pforzheim, 16. Febr. Altbürgermeister Steudl in Euttingen wurde heute vormittag in seiner Scheune erschlagen aufgefunden. Dem Täter, der vermummt war, gelang es, zu entkommen.

Beim Schlittschuhlaufen eingebrochen. Braunschweig, 16. Febr. In Osterwieck brachen zwei Knaben beim Schlittschuhlaufen ein, zwei andere, die sie retten wollten, hatten dasselbe Schicksal. Alle vier ertranken.

Schätze unter den Trümmern. Messina, 15. Febr. Unter den Wertsachen, welche unter den Ruinen aufgefunden wurden, sind außer Rentenbriefen im Werte von mehreren Millionen zahlreiche Beträge in Gold, sowie Wertsachen aufgefunden worden. Viele Sizilianer hatten nur begrenztes Vertrauen zu der Regierung und dem Papiergeld. Sie häuften vorzugsweise Goldstücke auf. So ist es gekommen, daß unter den Ruinen zahlreiche sehr alte Goldmünzen, darunter viele sogar aus dem 17. Jahrhundert, aufgefunden worden sind. Unter diesen Stücken befinden sich auch viele für Sammler wertvolle Stücke. In den aufgefundenen Portefeuilles sind ganze Vermögen festgestellt worden. U. a. wurden in einem Portefeuille 100 000 Franken in Banknoten aufgefunden, ohne daß der Eigentümer auch nur durch eine Karte oder durch eine sonstige Aufschrift identifiziert werden konnte. Mehrere Gold- und Silbertafelgeräte sind aufgefunden worden, und bisher hat niemand diese Sachen als Eigentum beansprucht.

Bei der „Versöhnung" erschossen. Paris, 15 Februar. In Langras tötete eine Frau, welche sich vor dem Friedensrichter eingefunden hatte, um sich mit ihrem Manne zu versöhnen, diesen durch einen Revolverschuß. Alsdann versuchte die Frau Selbstmord und wurde, durch einen Schuß schwer verletzt, ins Hospital gebracht.

Lustmord. Paris, 16. Febr. In Marseille wurde gestern die verstümmelte Leiche eines achtjährigen Mädchens aufgefunden. Die Untersuchung hat ergeben, daß es sich um einen Lustmord handelt. Die Leiche ist gräßlich verstümmelt. Ein Italiener namens Matteo, welcher unter dem Verdacht steht, die Tat begangen zu haben, ist verhaftet worden.

Erdbeben. Sofia, 16. Febr. Gestern nacht um ½3 Uhr sowie gestern vormittag um 11 Uhr 34 Minuten bis 11 Uhr 42 Minuten hat in Bulgarien ein sehr heftiges Erdbeben stattgefunden. Besonders stark wurde das Erdbeben im östlichen Teil Bulgariens verspürt. In verschiedenen Ortschaften wurde großer Schaden angerichtet. Häuser stürzten ein, wobei einige Personen schwer verletzt wurden.

200 Bergarbeiter verschüttet. London, 16. Februar. In der Kohlengrube West-Stanley, nordwestlich von Durham, ereignete sich eine heftige Explosion. Ungefähr 200 Arbeiter wurden verschüttet. Da der Eingang zum Schacht ebenfalls durch die Explosion beschädigt wurde, sind die Rettungsarbeiten sehr erschwert. Man befürchtet, daß viele Arbeiter ums Leben gekommen sind.

Heftiger Schneesturm. Petersburg, 16. Febr. In Sewastopol sind in den letzten Tagen so heftige Schneefälle eingetreten, daß jeder Verkehr in der Stadt aufgehört hat. Die Fuhrleute und die Trams haben den Verkehr eingestellt. Der Schnee liegt in Sewastopol und in der Umgegend bis 6 Meter hoch. In einzelnen Straßen sind unter der Schneelast die Dächer eingestürzt. Außerhalb der Stadt sind alle Wege und Straßen unpassierbar. Augenblicklich ist Sewastopol von der Außenwelt durch Schnee völlig abgeschnitten. Ganz besonders hoch liegt der Schnee auf der Balaklawabahn. An der Ausschaufelung der Straßen und der Eisenbahnen arbeiten Tausende von Menschen.

300 Personen verbrannt. Newyork, 16. Febr. In Acapulco brach im Floristheater während einer zu Ehren des Gouverneurs gegebenen Vorstellung infolge Explosion des Kinematographen ein Brand aus und äscherte das Theater vollständig ein. Dreihundert Personen, die den besten Gesellschaftskreisen angehörten, kamen ums Leben. Die Flammen griffen mit unheimlicher Schnelligkeit um sich. Infolge der Panik wurden die schmalen Ausgänge des Holzgebäudes mit den zu Tode Getrampelten versperrt. Die meisten Todesopfer verbrannten bei lebendigem Leibe, nur wenige fanden durch Ersticken den Tod.

Schneestürme. Newyork, 16. Febr. Heftige Schnee- und Hagelstürme hemmen zwischen Newyork und Chicago Handel und Verkehr. Die Telegraphen- und Telephonlinien sind vielfach unterbrochen.

Letzte Nachrichten.

Aachen, 17. Febr. In Burtscheid wurde der 54jährige Arbeiter Brüll unter dem Verdacht verhaftet, seine Frau, die das Wochenbett verlassen hat, erschlagen zu haben. Die Frau hatte Zwillinge geboren und der Mann feierte dieses Ereignis. Nachdem die Festlichkeit zu Ende war, schlug er so lange auf sie ein, bis sie starb.

Frankfurt, 17. Febr. Im Gerichtssaal jagte sich gestern ein vielfach vorbestrafter Angeklagter, der sich wegen Körperverletzung zu verantworten hatte, eine Revolverkugel in den Unterleib. Er ist schwer, aber nicht lebensgefährlich verletzt.

Darmstadt, 17. Febr. Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl im Wahlkreise Bingen-Alzey erhielt Pfarrer Korell (freis.) 8100, Uebel (Ztr.) 6500, Dr. Becker (natl. und B. d. L.) 5700 und Adelung (Soz.) 1550 Stimmen. Die Entscheidung wird also erst in einer Stichwahl zwischen Korell und Uebel fallen.

Berlin, 17. Febr. Das Ergebnis der amtlichen Arbeitslosenzählung in Berlin, welche gestern stattfand, ist folgendes: Es wurde festgestellt, daß 23 670 Arbeitslose gegen 28 000 am 17. November vorhanden sind. Nach dem Ergebnis der Statistik hat die Zahl der Arbeitslosen abgenommen. Dieses Resultat erklärt sich daraus, daß es die große Menge der Arbeitslosen abgelehnt hat, sich an den bekanntgegebenen Stellen zu melden, weil die Resultate der Zählung doch kein genaues Bild abgeben würden.

Berlin, 17. Febr. Am Dienstag hatte sich der Redakteur Davidsohn vor der Strafkammer wegen Beleidigung des Kriegsministers, des Reichspostsekretärs und des Berliner Polizeipräsidenten zu verantworten. Es handelt sich dabei um Artikel wegen Soldatenmißhandlung, Verletzung des Briefgeheimnisses und polizeiliche Uebergriffe. Der Staatsanwalt beantragte sieben Monate und eine Woche Gefängnis. Das Gericht erkannte auf eine Geldstrafe von 1200 Mark.

Berlin, 17. Febr. Trotz aller Bemühungen der Polizei ist es auch gestern noch nicht gelungen, die Berliner Messerstecher zu ermitteln. Zwei Italiener, die gestern abend unter dem Verdachte der Täterschaft in Haft genommen worden waren, sind wieder auf freien Fuß gesetzt worden, da sich ihre Unschuld herausstellte. In den gestrigen Abendstunden sind wiederum drei Frauen verletzt worden. — Als gestern gegen 7 Uhr abends eine Frau in der Rummelsdorfer Straße 74 zu Lichtenberg von einem Ausgange zurückkehrte, erhielt sie, als sie ihre Wohnung aufschloß, einen heftigen Schlag gegen die rechte Seite des Leibes, der so wuchtig war, daß sie der Länge nach in die geöffnete Tür hineinfiel und bewußtlos liegen blieb. Die Verletzungen der Frau sind aber nicht besorgniserregend. Der zweite Fall ereignete sich in der Weserstraße 16 zu Rixdorf. Dort wurde einem Mädchen der Rock aufgeschlitzt, ohne daß es selbst aber Verletzungen erlitten hätte. Das dritte Attentat wurde auf dem Comeniusplatze verübt. Ein Mädchen erhielt dort mit einem spitzen Instrument einen Schlag ins Gesicht und erlitt Hautabschürfungen. In allen drei Fällen gelang es dem Täter, zu entkommen.

Landsberg (Warthe), 17. Febr. Das Schwurgericht verurteilte die Maurerlehrlinge Mertens und Gundlach, die ihren 17jährigen Kollegen in angetrunkenem Zustande erschlugen und dann den Körper in die Warthe warfen, zu 8 Monaten bezw. 1½ Jahren Gefängnis. Als mildernder Umstand wurde die Trunkenheit und die vorherige Unbestraftheit der Angeklagten angesehen.

Graz, 17. Febr. Gestern früh um 3 Uhr erfolgte in Sankt Georgen ein ziemlich starkes Erdbeben von 2 Sekunden Dauer. Es verlief in der Richtung von Süden nach Norden.

Innsbruck, 17. Febr. Aus Südtirol werden zahlreiche Lawinenstürze gemeldet, die großen Schaden anrichteten. In Bolzentina wurden 6 Gebäude zum größten Teil beschädigt, ein Gebäude wurde ganz weggerissen. Im Laimtale beschädigte eine Schneelawine das Schulhaus und verschüttete einen Arbeiter.

Wien, 17. Febr. Alle verfügbaren Staatsanwälte, Untersuchungsrichter und Geheimpolizisten des Prager Strafgerichts haben gestern morgen, in 20 Gruppen eingeteilt, bei den Reichsratsabgeordneten Klofac, Choc und Slava, sowie bei den Leitern der einzelnen Parteiorganisationen und den Redakteuren der Parteizeitschriften und dem Parteisekretär Hausuchungen vorgenommen.

Standesamts-Nachrichten.

Amt Sieker. In der Zeit vom 1. bis 15. Februar 1909 sind beim hiesigen Standesamt angezeigt:

Geburten. Söhne: Fabrikarbeiter Karl Heinrich Knoche, Sieker 283; Neubauer und Fabrikarbeiter Johann Friedrich Kleinebepenbrok, Sieker 212; Fabrikarbeiter Paul Heinrich August Jäschke, Sieker 230 (Zwillinge); Eisendreher Gustav Adolf Bollhöfner, Sieker 149; Landwirt Wilh. Julius Schneider, Sieker 95.

Töchter: Fabrikarbeiter Friedrich Wilhelm Huvendiek, Sieker 39; Eisendreher Friedrich Wilhelm Sielemann, Sieker 279; Bote Friedrich Wilhelm Pape, Sieker 224; Fabrikarbeiter Hermann Heinrich Gustav Hänel, Sieker 139; Arbeiter Karl Gustav Bögeholz, Sieker 300; Fabrikarbeiter Karl Gustav Meyer, Sieker 242.

Aufgebote. Fabrikarbeiter Friedrich August Blome, Sieker 223, und Näherin Johanne Pauline Auguste Obermark, Hillegossen 2; Fabrikarbeiter Karl Friedrich Hermann Heinrich Obermark, Sieker 173, und Fabrikarbeiterin Auguste Johanne Rixe, Bielefeld, Petristraße 3; Eisenbobler Gustav Franz Friedrich Niemann, Sieker 79, und Dienstmagd Hanne Marie Emma Rüter, Bielefeld, Kavalleriestr. 18.

Eheschließung. Klempner Hermann Trautmann, Sieker 219, und Berta Delfs, Sieker 116.

Sterbefall. Karl Heinrich Lohöfener, Sieker 4, 4 Jahre alt. Als totgeboren: Ehefrau des Fabrikarbeiters Heinrich

Wortmann, Sieker 228, einen Knaben; Ehefrau des Arbeiters Wilhelm Huneke, Sieker 237, einen Knaben.

* * *

Herford Stadt. Vom 8. bis 13. Februar 1909.

Geburten: Söhne: Tischler Heinr. Fürhoff; Hauswart Heinr. Brune; Schneider Wilh. Schröder; Tischler Heinr. Brandt; Fabrikarb. Heinr. Landwehr; Maschinenarb. Aug. Dielmann; Schneidermeister Eduard Rispeter; Handarb. Heinr. Meier; Arb. Emil Brinkmann; Handarb. Gust. Stork; Heizer Wilh. Hartmann (Drillinge); ferner 1 unehelicher.

Töchter: Bürstenmacher Heinr. Tappe; Handelsmann Heinr. Katzing; Monteur Heinr. Kobusch; Tischler Karl Heidemann; Tischler Aug. Deppe; Maschinenzeichner Alfred Bielau; Arb. Friedr. Brinkmeier; Kgl. Steuersekretär Fritz Ahlersmeyer; Metallarb. Wilh. Heitland; Handlungsgehilfe Fritz Schönfeld.

Aufgebote: Bäcker Ad. Halbrock und Karoline Luise Amalie Biermann; Kleinhändler Heinr. Heitholter und Anna Klausmeier; Konditor Aug. Mund und Elfriede Stockey; Arb. Aug. Schürkamp und Anna Blöbaum; Kolon Peter Kleineberg und Aug. Klinksiek.

Eheschließungen: Grenzbeamter Hans Drewk und Lisette Schwier; Fabrikarb. Heinr. Rabe und Minna Tacke; Tischler Wilh. Redeker und Emilie Röbbecke.

Sterbefälle: Wilhelmine Blank, 16 J.; Anna Bahle, 1 J.; Paul Uphoff, 12 Tage; Probst und Dompfarrer Benediki Mertensmeyer, 57 J.; Ehefrau Karoline Hellweg, 61 J.; Witwe Luise Querl, 73 J.; Rentner Wilh. Karcher, 77 J.; Alma Linke, 26 Tage.

Vereins-Kalender.

Mittwoch.

Arbeiter-Sängervereinigung Bielefeld 8½ Uhr bei Schneider, Kampstraße.
Arb.-Gesangverein „Waldeslust" 9 Uhr bei Tuxhorn, Bleichstr.
Gesangverein „Liederblüte" 9 Uhr bei Hagemann, Heeperstraße.
„Sängerhain" 9 Uhr bei Rickert, Ehlentrupperweg.
Freie Turnerschaft Bielefeld, Abt. „Vorwärts" 8½ Uhr bei Freudenau, Heeperstraße. (Damen-Abteilung.)
Arbeiter-Turnverein „Westfalia" 8½ Uhr bei Holz, Restaurant zum Siegfried: Männer-Riege.
Radfahrerklub „Vorwärts" 9 Uhr bei Imkamp, Engerscheistr. 1.
Radfahrerverein „Dornberg" 8 Uhr bei Indiestel, Bürgerweg.
Radfahrerver. „Ruhig voran" bei Apenbrink, Herforderstr. 242.
Freie Radfahrer-Vereinigung, Abteilung 5, 9 Uhr bei Apenbrink.
Guttemplerorden. Loge Ravensberg. 8½ Uhr. Gr. Kurfürstenstraße 51.
Guttemplerloge „Frei und beständig" 8½ Uhr bei Viertmann, Bürgerweg 16.
Skatklub „Gut Glück" 9 Uhr bei Schneider, Kamphofstraße.
Sieker. Radfahrer-Verein „Corona" 9 Uhr bei Wöhler.
Subbrak. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" (Altersriege) 9 Uhr bei Wirt Johrmann.
Brackwede. Theaterklub „Fidelio" 9 Uhr bei Karl Schröder.
Brackwede. Arbeiter-Radfahrerverein „Freiheit" 8½ Uhr bei Karl Schröder.
Schildesche. Kegelklub „Freie Bahn" 9 Uhr bei Krämer.
„Eggetaler", 8½ Uhr bei G. Hartmann, Schillerstr. 75.
Schildesche. Arbeiter-Turnverein „Deutsche Eiche" 8 Uhr bei Lechterbeck.
Schildesche. Männergesangverein „Concordia" 9 Uhr bei W. Böke, Bielefelderstraße.
Werther. Arbeiter-Turnverein „Frisch Auf" 9 Uhr.
Oerlinghausen. Arbeiter-Turnverein „Einigkeit" 9 Uhr bei C. Lüking.
Herford. Arbeitergesangverein „Eintracht" 9 Uhr bei Winkelmann.
Schweicheln. Arbeitergesangverein „Frohsinn" 8½ Uhr bei Wirt Generotzky.
Oetinghausen. Arbeitergesangverein „Vorwärts" 8½ Uhr bei Wirt Düsdicker.
Bürde. Arbeiter-Gesangverein „Einigkeit" 9 Uhr bei Nübel.
Bünde. Arbeitergesangverein „Eintracht" 8½ Uhr bei Wirt Timmert.
Schötmar. Radfahrerverein „Wanderer" ½9 Uhr im „Tivoli".
Lage. Radfahrerverein „Schwalbe" 8½ Uhr bei Steinsiek.
Rehme. Arbeiter-Radfahrerverein „Bahn frei" 8½ Uhr bei Röbke.
Minden. Freier Turnerbund abends 8½ Uhr.
Lübbecke. Arbeiter-Turnverein „Vorwärts" 9 Uhr bei Baumeister.

Total-Ausverkauf

wegen gerichtlichen Verkaufs des Hauses.

Abermals bedeutende Preisermässigung

mit

952

20 Prozent Extra-Rabatt

Restbestände

bis zur Hälfte des reellen Wertes.



Schuhwaren-Haus

„Moro"



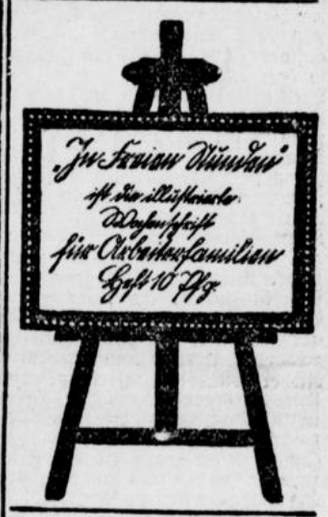
Neben Gebr. Kaufmann. **15 Niedernstrasse 15.** Neben Gebr. Kaufmann.

Vereinsbibliotheken empfehlen wir unser Lager

sozialistischer und gewerkschaftlicher Literatur

Kataloge gratis und franko.

Buchhandlung „Volkswacht"
Bielefeld, Schulstraße 20.



Soeben erschien:

Simplicissimus

Nr. 46.

Buchhandlung „Volkswacht".

Sargmagazin Heinr. Brünger

Webereistraße 6

Telephon 1298

empfiehlt: [449*

Särge u. Leichenausstattung

eigene Leichenwagen

für Erwachsene und Kinder.

Reelle Bedienung.

Kleine Anzeigen-Ecke.

Jedes Wort kostet nur **2** Pfg., in der fetten Ueberschrift **10** Pfg. ✱ Worte mit mehr als 15 Buchstaben werden doppelt gerechnet.

Anzeigen unter dieser Rubrik werden nur bei Vorausbezahlung angenommen.

Narren
Kappen zu allen Gelegenheiten am billigsten bei Hahnwald, Rohrteichstraße 32. — Nicht verkaufte Ware nehme event. retour. 413

Kleiderschränke
von 25 Mk., Bettstellen 15 Mk. Tische 5 Mk. an. Nur Lager, kein Laden, daher billiger als jede Konkurrenz. Brunnenstraße 12 a, 2 Min. vom Stadttheater. [949

Narren-
Kappen und Masken äußerst billig. Breitestr. 4. 854*

Empfehle
meine Bettfedern-Reinigungsmaschine zum Umfüllen und Reinigen der Betten. M. Schöneberg, Brackwede. [6787

Herde,
Oefen und Haushaltungsgegenstände in großer Auswahl, auch bei Teilzahlungen, empfiehlt C. Brakemeier Rohrteichstraße 72, gegenüber der Schule. 570

Angelschellfisch,
blutfrisch, Pfund 25 Pfg., lebendfrische große grüne Heringe, Pfund 15 Pfg., delikate größte Fettbücklinge, Stück 5 Pfg., empfiehlt Clemens Rose, Arndtstraße 36. [954*

Maskenkostüme
für Dame und Herr zu verleihen. Gr. Kurfürstenstr. 57 I. [436

Kochherd, 935*
gebrauchter (weiß), billig zu verkaufen. Detmolderstraße 83.

Kopfkissen, 11
la. Ausführung, 2.50, 3.50, 4.00, 5.00, 6.00 Mk. bei F. Mertens.

Oberbetten,
rot oder gestreift, mit 7 Pfd. Federn gefüllt. 8.00, 10.00, 15.00, 20.00, 30.00 Mk. bei F. Mertens. [12

Unterbetten
rot oder gestreift mit 6 Pfd. Federn gefüllt 6, 7, 9, 12, 16, 21 Mk. bei F. Mertens. [13

Bettkattune
neueste Muster 35, 40, 45, 50, 60 Pfg. bei F. Mertens. 14

Kinderwagen,
gut erhalten, für 18 Mk. verkäuflich. Buddestraße 4 II. links. [946*

Wohnung, [953*
freundliche, von 4 Räumen mit Stall und Land umständehalber 1. April zu vermieten. Feldstr. 13, Subbrack.

Preis-Skat! [961*
Sonnabend, 20. Februar, abends 8½ Uhr, bei Brackfiek, Hallerweg 105.

Wohnung,
4 mittlere Zimmer, mit Küche, Stall und Land in neuem Hause billig zu vermieten. Pilgrim, Mühlendamm 1. 959*

Wohnung,
3 Räume nebst Zubehör, Preis 135 Mk., eventuell auch 2 Räume, Jöllenbeckerstraße 128, parterre rechts. [958*

Schneiderin
nimmt noch Kundschaft an. Siegfriedstraße 44 III. rechts. [955*

Westennäherin,
geübte, sofort gesucht. Ehlentrupperweg 43 a I. [957*

Zeitungsfrauen
für Freitags und Sonnabends gesucht. Hermannstr. 1. 947*

Trauer-Briefe mit Couverts liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Todes-Anzeige.

Heute mittag 1 Uhr entschlief sanft nach langem, schweren, mit großer Geduld ertragenen Leiden unser einziger Sohn und Bruder 960

Wilhelm Tiemeyer

im blühenden Alter von 19 Jahren.

Dies zeigen mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetrübt an die trauernden Hinterbliebenen

August Tiemeyer und Frau
Minna geb. Simon
und Geschwister.

Bielefeld, den 16. Februar 1909.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Bielsteinstr. 29, aus statt. Vorfeier daselbst um 2½ Uhr.

Abgelehnte Einschrä
bruar. Der Magistra
Kieler Zahlstelle des
und -Gehilfinnen Deu
der Sonntagsruhe abge
gesetzliche Regelung der

Gegen Arbeitslosig
demokratische Fraktion
das Stadt-Parlament
wird, Arbeiten in größ
der Arbeitslosigkeit be
beschäftigungsloser Arb
abreichen und denjenig
nicht erlangen können,
nicht als Armenunterst
aber den Betrag von 3
Frage der kommunalen
Der Antrag wird in
handelt werden.

Kommunale Hilfeleis
burg a. H., 15. Febr.
Arbeitslosen, die, wie
Rathaus marschierten
Deputation um schleuni
ersuchten, hat zur Folge
lung von Kohlen und
nächst an verheiratete
stützungen sollen nur in
willigt werden. Für
im Frühjahr begonnen
Mark bereitgestellt.
Armenunterstützung gelt

Aus der Stad

— **Achtung, Metallar**
ma Katzer & Kram
stand getreten, weil die
erbeliche Abzüge vorge
handlungen haben sich ze
im „Generalanzeiger" u
beitskräfte. Wir möchte
Die Firma „Nord
Hameln sucht in hies
und „Westfälische Zeitun
hierdurch mit, daß dasel
Arbeitsangebote der Fir
zuhalten.

— **Die Bielefelder Schneidermeister** und de
dergewerbe, Ortsgruppe
sammlung beschlossen:
1. Bei Lieferung der
beizufügen, bei Barzahlu
der Ware 4 Prozent Rab
netto zu gewähren.
2. Arbeiten, wozu be
gegen Barzahlung ohne

— **Zwangsinnung für**
8½ Uhr, findet im alten
bei Innungsmeistern bes
erwartet werden, daß un
Bildhauer, zahlreich in d

— **Gegen das Rabatt**
der Verband erstklassige
Herren- und Knabengard
umfangreiche Tagesordnu
den Auswüchsen des Rab
glieder erklärten einstimm
Art dieselbe auch gewäh
marken, verurteilen und
die Abschaffung dieses
tigen. Es sei eine längst
Rabattsystem ihre Waren
und demzufolge bedeuten
schäfte ohne diese zwecklo

— **Stadttheater.** Au
schrieben: Heute geht „S
Szene. Die Novität „Si
Bernstein kommt morgen
führung. Sonnabend wi
walde „Die Else vom Er
gehen.

— **Polizeibericht.** Di
& Heise hier wurden am
entwendet. Sie wurden du
Haussuchung ermittelt.

Hühnerdiebstahl
wurde in der vergangene
dachlos auf den Straßen
trieb. Unter dem Jackett
warmes rebhuhnfarbiges
haben will. Da allem A
wird der rechtmäßige Eige
Kriminalpolizei zu melden

Diebstahl. Dem
15. d. M., abends gegen 10
Koch, Herforderstr., aufge
mit rot und blauen Stre
stohlen. Vor Ankauf wir

Ins hiesige Pol
wurden 2 Personen wegen
heit und groben Unfugs,
1 Person wegen Diebstahls

Eine Pelzboa ge
in einer Wirtschaft in Me
braunem Nerz, welche ein
innen mit brauner Seide
sowohl unten wie oben je
dieselbe mit schwarzer S
wird gewarnt.

130 goldene und m
gestohlen wurden in der
einem italienischen Uhrma
Uhrenverkauf unter verde
wird um sofortige Benachr
gebeten.

Ungeschicklichk
des „
Die Redaktion des
Minden-Ravensberg hat
fertiggebracht, sie hat unse
sozialen Versammlung abg
über die Versammlung, so
Herrn Wallbaums Kneifen
Einfalt ab. Wir sind ihr
seiner christlich-sozialen Le
ihm ob dieser uns nützliche
Bemerkungen, bis zu dene
Witzes zu versteigen verm
harmlos sind. Wir stelle
nicht zu widersprechen ver
unglaublichen Handlungs

Abgelehnte Einschränkung der Sonntagsruhe. Kiel, 15. Februar. Der Magistrat der Stadt Kiel hat den Antrag der Kieler Zahlstelle des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands auf eine weitere Einschränkung der Sonntagsruhe abgelehnt, und die Antragsteller auf die reichsgesetzliche Regelung der Frage verwiesen.

Gegen Arbeitslosigkeit. Dresden, 15. Febr. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat an das Stadt-Parlament einen Antrag eingebracht, in dem ersucht wird, Arbeiten in größerem Umfange als bisher zur Linderung der Arbeitslosigkeit bereitzustellen, ferner allen Schulkindern beschäftigungsloser Arbeiter ein warmes Mittagessen zu verabreichen und denjenigen Arbeitslosen, die eine Beschäftigung nicht erlangen können, eine Barunterstützung zu gewähren, die nicht als Armenunterstützung angerechnet werden darf, hierzu aber den Betrag von 30 000 Mk. bereitzustellen und weiter die Frage der kommunalen Arbeitslosenunterstützung zu erwägen.

Der Antrag wird in der nächsten Stadtverordnetensitzung behandelt werden.

Kommunale Hilfeleistung für die Arbeitslosen. Brandenburg a. H., 15. Febr. Das entschlossene Vorgehen der hiesigen Arbeitslosen, die, wie gemeldet, im geschlossenen Zuge vor das Rathaus marschierten und den Oberbürgermeister durch eine Deputation um schleunige Maßregeln zur Linderung der Not ersuchten, hat zur Folge gehabt, daß der Magistrat die Verteilung von Kohlen und Gewährung von freiem Mittagessen, zunächst an verheiratete Arbeitslose, beschlossen hat. Geldunterstützungen sollen nur in ganz besonders dringenden Fällen bewilligt werden. Für Notstandsarbeiten, mit denen jedoch erst im Frühjahr begonnen werden kann, sind vom Magistrat 80 000 Mark bereitgestellt. Sämtliche Hilfeleistungen sollen nicht als Armenunterstützung gelten.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Bielefeld, 17. Februar

— **Achtung, Metallarbeiter!** Die Arbeiter der Firma Katzer & Kramer sind am gestrigen Tage in den Ausstand getreten, weil die Firma auf alle Arbeiten zum Teil recht erhebliche Abzüge vorgenommen hat. Die angebahnten Verhandlungen haben sich zerschlagen und nunmehr sucht die Firma im „Generalanzeiger" und in der „Westfälischen Zeitung" Arbeitskräfte. Wir möchten ersuchen, den Zuzug fernzuhalten. — Die Firma „Norddeutsche Automobilwerke" in Hameln sucht in hiesigen Tagesblättern, „Generalanzeiger" und „Westfälische Zeitung", Schlosser und Dreher. Wir teilen hierdurch mit, daß daselbst Differenzen vorliegen, daher sind die Arbeitsangebote der Firma strikte abzuweisen. Zuzug ist fernzuhalten.

— **Die Bielefelder Zwangs-Innung der selbständigen Schneidermeister** und der Arbeitgeberverband für das Schneidergewerbe, Ortsgruppe Bielefeld, haben in ihrer Generalversammlung beschlossen:

1. Bei Lieferung der Waren den Kunden sofort Rechnung beizufügen, bei Barzahlung innerhalb 30 Tagen nach Empfang der Ware 4 Prozent Rabatt zu vergüten und Ziel bis 3 Monat netto zu gewähren.
2. Arbeiten, wozu der Kunde den Stoff selbst stellt, nur gegen Barzahlung ohne Rabattvergütung zu liefern.

— **Zwangsinnung für Tischler.** Am Donnerstag, abends 8½ Uhr, findet im alten Rathause eine Versammlung sämtlicher bei Innungsmeistern beschäftigten Gesellen statt. Es darf wohl erwartet werden, daß unsere Kollegen, Tischler, Drechsler und Bildhauer, zahlreich in dieser Versammlung erscheinen.

— **Gegen das Rabattunwesen.** In Krefeld tagte kürzlich der Verband erstklassiger Spezialgeschäfte für bessere fertige Herren- und Knabengarderoben. Der Verband erledigte seine umfangreiche Tagesordnung und beschäftigte sich u. a. auch mit den Auswüchsen des Rabattsystems. Sämtliche anwesende Mitglieder erklärten einstimmig, daß sie jede Rabattgabe, in welcher Art dieselbe auch gewährt werde, ob direkt oder in Rabattmarken, verurteilen und mit allen zu Gebote stehenden Mitteln die Abschaffung dieses Krebsschadens herbeizuführen beabsichtigen. Es sei eine längst bewiesene Tatsache, daß Geschäfte mit Rabattsystem ihre Waren um mindestens 10 Prozent verteuern und demzufolge bedeutend teurer verkaufen müssen als Geschäfte ohne diese zwecklose Belastung.

— **Stadttheater.** Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute geht „Sodoms Ende" zum zweiten Male in Szene. Die Novität „Simson" des geistvollen Franzosen Henry Bernstein kommt morgen (Donnerstag) noch einmal zur Aufführung. Sonnabend wird das Volksstück aus dem Schwarzwalde „Die Else vom Erlenhof" zu kleinen Preisen in Szene gehen.

— **Polizeibericht.** Diebstahl. Der Firma Baumhöfener & Heise hier wurden am 15. d. M., abends, 17 Dutzend Kragen entwendet. Sie wurden durch eine gestern vormittag abgehaltene Haussuchung ermittelt.

Hühnerdiebstahl. Der Maurer Wilhelm K. von hier wurde in der vergangenen Nacht festgenommen, da er sich obdachlos auf den Straßen „Am Damm" und „Waldhof" umhertrieb. Unter dem Jackett trug er ein frischgeschlachtetes, noch warmes rebhuhnfarbiges Huhn, das er auf der Straße gefunden haben will. Da allem Anschein nach das Huhn gestohlen ist, wird der rechtmäßige Eigentümer ersucht, sich umgehend bei der Kriminalpolizei zu melden.

Diebstahl. Dem Kutscher H. B. von hier wurden am 15. d. M., abends gegen 10¼ Uhr, von einem vor der Wirtschaft Koch, Herforderstr., aufgestellten Fuhrwerk 2 gelbe Wolldecken mit rot und blauen Streifen im Werte von zirka 26 Mk. gestohlen. Vor Ankauf wird gewarnt.

Ins hiesige Polizeigefängnis eingeliefert wurden 2 Personen wegen Bettelns, 1 Person wegen Trunkenheit und groben Unfugs, 1 Person wegen Obdachlosigkeit und 1 Person wegen Diebstahls: 15 Obdachlose erhielten Unterkunft.

Eine Pelzboa gestohlen wurde am 2 Februar d. J. in einer Wirtschaft in Melle. Die betreffende Boa aus dunkelbraunem Nerz, welche einen Wert von etwa 300 Mk. hat, war innen mit brauner Seide ausgefüttert und hatte an jeder Seite, sowohl unten wie oben je 3 kleinere Schwänze; außerdem war dieselbe mit schwarzer Sicherheitskette versehen. Vor Ankauf wird gewarnt.

130 goldene und mehrere Uhren sowie Ketten gestohlen wurden in der Nacht vom 17. zum 18. Januar d. J. einem italienischen Uhrmacher in Venedig. Falls sich hier ein Uhrenverkauf unter verdächtigen Umständen vollziehen sollte, wird um sofortige Benachrichtigung der hiesigen Kriminalpolizei gebeten.

Ungeschicklichkeit oder Unverfrorenheit des „Ravensberger"?

Die Redaktion des christlich-sozialen Parteiorgans für Minden-Ravensberg hat wieder einmal etwas Selbständiges fertiggebracht, sie hat unseren Bericht von der Löhner christlich-sozialen Versammlung abgedruckt. Aber nicht nur den Bericht über die Versammlung, sondern auch unsere Bemerkung über Herrn Wallbaums Kneifen druckt der „Ravensberger" in seiner Einfalt ab. Wir sind ihm für diese Aufklärungsarbeit unter seiner christlich-sozialen Leserschaft ehrlich dankbar und verzeihen ihm ob dieser uns nützlichen Einfalt gern die paar schnodderigen Bemerkungen, bis zu denen er sich mit der Anstrengung seines Witzes zu versteigen vermag und welche auch außerordentlich harmlos sind. Wir stellen fest, daß der „Ravensberger" uns nicht zu widersprechen vermocht und er somit die Tatsache der unglaublichen Handlungsweise Wallbaums zugegeben hat.

Versammlungen.

Detmold. Soz. Verein. Donnerstag, 18. Februar, abends 8½ Uhr, in der „Centralhalle". Versammlung.

Hückerkreuz. Donnerstag, 18. Februar, bei Hofmeister: Tabakarbeiterversammlung. Tagesordnung: „Der Tabakarbeiterkongreß und die Aussichten der Tabaksteuer". Referent: Schlüter-Bielefeld.

* **Hüffen,** 16 Febr. Vom Koalitionsrecht der Arbeiter. Wie wenig manche Unternehmer sich um das Koalitionsrecht der Arbeiter kümmern, beweist folgender Brief, den ein Sortierer auf seine mündliche Anfrage um Arbeit von der Zigarrenfabrik Gebr. Kruse & Co. in Erwitte erhielt. Das Schreiben lautet:

„Erwitte (Westfalen), den 12. Februar 1909.

Herrn Sortierer .. .. in Hüffen b. Bünde.

An unsere mündliche Unterhaltung bezugnehmend, wollen wir Ihnen die fragliche Sortiererstelle übertragen und stellen Ihnen anheim, an welchem Tage Sie vor Anfang März eintreten wollen.

Wir wissen nun nicht, welcher politischen Partei Sie angehören, kümmern uns auch darum nicht, müssen Ihnen aber von vornherein sagen, daß für die Sozialdemokratie hier kein Boden ist und müssen Sie sich verpflicht , socialdemokratische Ideen nicht unter unsere Arbeiter zu tragen.

Geben Sie uns nun möglichst sogleich Nachricht wann Sie einzutreten gedenken.

Achtungsvoll!

Gebr. Kruse & Cie."

Sonderbare Logik der Herren Kruse & Cie. Die Herren kümmern sich zwar nicht um die politische Gesinnung der Arbeiter, machen ihnen aber zur Verpflichtung, sozialdemokratische Ideen nicht unter „ihre" Arbeiter zu tragen. Nun, die Tabakarbeiter werden nicht unterlassen, den Herren Kruse & Cie. die richtige Antwort zu geben. Was nach Annahme der Tabaksteuer den Arbeitern bevorstehen würde, davon liefert jedenfalls obiges Schreiben eine kleine Probe.

* **Bustedt,** 16. Febr. Tabakarbeiter. Seit Oktober befindet sich hier eine Filiale der Firma Rentsch & Co. aus Werther i. W. Der Werkmeister ist ein früherer Zigarrenarbeiter namens Sewing. In der ganzen Gegend gibt es nun wohl kaum eine zweite Fabrik, wo solche Mißstände herrschen. Nachdem nun die Zigarrenarbeiter schon im Januar mehrere Tage haben feiern müssen, sind dieselben jetzt schon wieder neun Tage ohne Arbeit, weil kein Tabak vorhanden ist. Der Tabak liegt auf dem Bahnhof. Der Meister gibt an, er könne den Tabak nicht holen, weil ihm die Firma kein Geld gäbe, womit er den Zoll bezahlen könne. Auch der Lohn wird unregelmäßig ausgezahlt. Verschiedene Arbeiter haben für Januar bis jetzt, außer einem Abschlag bis zu 15 Mk., ihren Lohn noch nicht erhalten. In Werther zahlt die Firma wöchentlich den Lohn aus. Einem Arbeiter, der in Werther war, um dort Erkundigungen einzuziehen, ob der Meister oder die Firma schuld an solchen Zuständen seien, wurde vom Meister Sewing gekündigt. Derselbe hatte aber schon 8 Tage während der Kündigungszeit feiern müssen. Hoffentlich tragen diese Zeilen dazu bei, daß die Firma Ordnung schafft.

* **Salzuflen,** 16 Febr. Der heutigen Stadtverordneten-Sitzung ging eine gemeinschaftliche Sitzung der städtischen Körperschaften voraus. In dieser wurde beschlossen den Sparkassenbuchhalter Meier anzustellen und den Zeichenlehrer Horn noch probeweise 1 Jahr zu beschäftigen. — In der Stadtverordneten-Sitzung wurde dem Programm-Austausch des Schulprogramms der städtischen Realschule mit anderen Instituten zugestimmt. Fräulein Titze wünscht eine Gebbahn vor ihr Haus und will den Grund und Boden unentgeltlich hergeben. Der Antrag wurde angenommen. Auch der Vergütung für die Abschätzung städtischer Grundstücke an den Rendanten Billerbeck in Höhe von 250 Mark wurde zugestimmt. Die Jagdpachtgelder der Stadt sollen in Zukunft der Armenkasse überwiesen werden. Der katholischen Schule sollte ein Zuschuß von 400 Mark bewilligt werden. Die Angelegenheit soll noch einmal in gemeinschaftlicher Sitzung besprochen werden. Zu der Stelle eines Stadtbaumeisters haben sich über 300 Bewerber gemeldet. Von diesen sind 7 auf die engere Wahl gestellt. Eine endgiltige Beschlußfassung wurde ausgesetzt. Der Armen-Etat, Krankenhaus-Etat und der Etat der Handwerker- und Fortbildungsschule wurden genehmigt. Die höhere Töchterschule will eine Selekta der Schule angliedern und bittet, den Zuschuß der Stadt in Höhe von 450 Mark auf 1000 Mark heraufzusetzen. Die Stadtverordneten billigten die Erhöhung des Zuschusses.

* **Rheine,** 16. Februar. Vom „geistigen" Kampf. Jedenfalls durch die Verbreitung der „Arbeiter-Jugend" verärgert, leistete sich einer unserer Kapläne in einem hiesigen katholischen Jugendverein eine gewaltige Rede gegen die Sozialdemokratie. Von den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter braucht ja ein Kaplan nichts zu verstehen. Die sozialistischen Arbeiter von Rheine nannte er Trunkenbolde und unanständige Leute, die kein Wirt in Rheine in seinem Lokale dulden wolle. — Wir wollen mit dem Herrn Kaplan nicht diskutieren, wir werden aber demnächst statistisch feststellen, daß die in Rheine wie in fast jeder anderen frommen Stadt zahlreich vorhandenen Trunkenbolde meist zur Fahne des Zentrums schwören.

* **Rheine,** 16. Februar. Die Verhöhnung von Einrichtungen der Kirche wird hier im frommen Münsterlande fast immer den jogenannten „roten Brüdern" aufs Konto gesetzt. Daß manchmal aber gut katholisch christlich erzogene und denkende Leute geneigt sind, ihre eigenen Kircheneinrichtungen zu verspotten, ist uns nichts neues; zumal wenn man vom berühmten „Feuerwasser" zu reichlich genippt hat, zeigt sich oft viel Mut. So hatten neulich eine Anzahl gut katholische rheinische Arbeiter einen Ausflug nach einem Ort der nächsten Umgebung gemacht. Auf dem Heimwege kamen sie an dem Pfarrhause des betreffenden Ortes vorbei, dabei kam es ihnen in den Sinn, das bekannte Lied vom „Pastor sine Kooh usw." anzustimmen. Die biederen Landbewohner faßten solches Gebaren aber als eine Verhöhnung ihres Seelsorgers auf und verabfolgten ihren jangeslustigen Brüdern in Christo eine tüchtige Portion Prügel mit Sprößlingen eines vielbesungenen deutschen Baumes.

* **Schwelm,** 16. Febr. Wirkung der Talsperren. Das Becken der Ennepetalsperre faßt 10,3 Millionen Kubikmeter. Es war vor dem Einbrechen des letzten Hochwassers ziemlich leer. Die Folge war, daß das Hochwasser im Ennepetal bei weitem nicht die verheerenden Wirkungen ausüben konnte, die in anderen engen Flußtälern zu verzeichnen waren. Die Ennepe war nur in wesentlich geringerem Umfange über die Ufer getreten, wie die Nachbarflüsse gleicher Größe. Vom 4. bis zum 5. dieses Monats betrug der Zufluß zur Sperre in 24 Stunden 2 368 000 Kubikmeter gleich 25,5 Kubikmeter sekundlich. Am 5. wurde in Wehringhausen seitens eines Triebwerksbesitzers festgestellt, daß der sekundliche Durchfluß der Ennepe etwa 54 Kubikmeter betrug. Wäre die erstgenannte Menge somit nicht in der Sperre zurückgehalten worden, so würde das Durchlaufsquantum in dem unteren Ennepelauf 80 Kubikmeter sekundlich betragen und somit die Höhe der Flut im November 1890 erreicht haben. Die Ennepesperre hat heute einen Wasserbestand von 7 816 000 Kubikmeter, so daß sie also durch die letzte Flut erst zu drei Viertel gefüllt ist.

Militärisches.

Marine-Justiz. Der Matrose Fritz Lobmann von S. M. S. Hay hatte sich vor dem Marine-Kriegsgericht zu Danzig wegen Achtungsverletzung, Beleidigung und tätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten zu verantworten. Lobmann wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Als Belastungszeuge trat der „beleidigte und tätlich angegriffene Vorgesetzte", der Sanitätsmaat Buchholz auf. Nach seiner Aussage hatten Lobmann und seine Kameraden letzten Sylvesterabend mit solchem Lärm gefeiert, daß der Maat sich genötigt sah, Lobmann zurechtzuweisen. Dabei soll der Matrose aufsässig geworden sein, beleidigende Worte gegen den Maat gebraucht und ihm schließlich mit der Faust einen Schlag vor die Brust versetzt haben, daß dieser gegen die Dampfheizung taumelte.

Nach anderen Zeugen hat sich der Vorfall wesentlich anders abgespielt. Buchholz habe Lobmann befohlen, ihm auf einer Harmonika etwas vorzuspielen. Das habe Lobmann abgelehnt, weil die Harmonika nicht sein Eigentum sei. Nach einem Wortwechsel wäre Lobmann zu seinen Kameraden gegangen. Der Maat kam bald nach und beschimpfte den Matrosen: „Sie Schuft! Sie sind ein Lump in meinen Augen!" Der direkte Vorgesetzte des Buchholz, der Oberleutnant Moll, über die Glaubwürdigkeit des Maaten vernommen, erklärte, daß er den Buchholz nicht für unbedingt glaubwürdig halte. Er sei der Meinung, daß Buchholz die Leute nicht richtig anfasse. — Buchholz ist bereits wegen Beleidigung eines Mannes disziplinarisch vorbestraft.

Auf die Aussage des Maaten hin, trotz der widersprechenden eidlichen Aussagen mehrerer anderer Zeugen und trotz der Anzweiflung der Glaubwürdigkeit des Maaten durch dessen direkten Vorgesetzten, verurteilte das Gericht den Matrosen Lobmann zu 3 Jahren Gefängnis!

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: **Max Sachs,** für den Inseratenteil: **Wilhelm Böttcher,** beide in Bielefeld.

Herford.

Tagesordnung

für die am Freitag, 19. Februar 1909, nachmittags 3 Uhr, stattfindende

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Mitteilungen.
2. Zweite Lesung des Nebenetats (Schlachthof-, Armen-, Höhere Mädchenschule-, Bürgerschulkasse).
3. Erste Lesung der Einquartierungs-Kasse.
4. Vorlagen betr.:
   Aenderung des Vertrages wegen der Ueberlandzentrale;
   Bildung eine Grundstücksfonds;
   Aufnahme einer Anleihe von 2 850 000 Mark;
   Bewilligung von 540,50 Mk. für im Hauptkostenanschlage für den Schulneubau Mindenerstraße nicht vorgesehene Arbeiten;
   Bewilligung von 5358,86 Mk. für die Heizanlage in der Bürgerschule Uhlandstraße;
   Bildung einer Parkkommission;
   Fluchtlinienplan Hollandstraße-Endebutt;
   Tauschvertrag mit der Witwe Bierverleger Möller bezüglich der Parzellen Flur 28 Nr. zu 1686/0,93 und zu 1687/93 St.-G. Herford;
   Petition wegen der Notstandsarbeiten;
   Ausbau der Höheren Mädchenschule;
   Abänderung der Lustbarkeitssteuerordnung.

Herford, 13. Februar 1909.

Der Stadtverordneten-Vorsteher. Lücken.

Berufs- u. Arbeitskleidung

Für Metzger.
Metzger-Jacken beste Qualität Mk. 2.75—3.50
Metzger-Schürzen beste Qualität Mk. 1.00—2.00

Für Maler und Anstreicher.
Maler-Kittel Mk. 1.60—2.00
Anstreicher-Kittel Mk. 1.80—2.20
Maler-Joppen beste Qualität Mk. 1.20—2.00
Stuckateur-Kittel Mk. 1.75—2.25

Für Konditoren und Köche.
Konditor- und Koch-Jacken beste Ware Mk. 2.75—4.00
Konditor-Schürzen von 90 Pfg. an.

Für Friseure.
Friseur-Joppen Mk. 2.40—3.50

Für Schlosser und Maschinisten
Blaue Jacken schräg und gerade Mk. 1.20—1.80
Pilot-Jacken Mk. 2.50—3.50
Pilot-Hosen Mk. 2.50—4.—

Für verschiedene Gewerbe.

Manchester-Hosen	Mk. 3.00— 7.00
Engl. Leder-Hosen	„ 2.50— 4.00
Buckskin-Hosen	„ 1.50— 7.00
Setzer-Kittel	„ 2.40— 3.00
Arbeits-Kittel	„ 1.10— 1.60
Mechaniker-Kittel	„ 2.00— 2.75
Zwirn-Joppen	„ 1.00— 4.50
Loden-Joppen	„ 2.50—10.00
Buckskin-Joppen	„ 4.50—10.00
Buckskin-Westen	„ 1.00— 6.00
Arbeits-Westen	„ 1.20— 2.00

Turnerhosen, -Hemden u. -Gürtel
in jeder Preislage.

H. Hettlage
Bielefeld
Niederwall, Ecke Jahnplatz.
Grösstes Spezial-Geschäft der Bekleidungsbranche.
Bielefeld Münster i. W.
948

Grosser Reste-Verkauf!

Ca. 15000 Meter Reste und Coupons

Köperbarchent ∴ Flockpiqué ∴ Möbelkattun Unterrockbarchent Hemdentuch ∴ Handtuchgebild ∴ Bettkattun Bettdamast Kleiderbarchent ∴ Rohnessel ∴ ∴ ∴

zum Aussuchen per Meter

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
18 ₰	29 ₰	45 ₰	54 ₰

Ganz aussergewöhnlich billig!

Ein Posten **Kleiderstoff-Reste und Coupons**

für Kostüme, Kinderkleider, Blusen etc. Darunter ganz hervorragend gute Qualitäten — zum Aussuchen per Meter **65 ₰** und **1.00**

Ein seltenes Angebot!

Ein Posten **Schürzendruck-Fabrikreste**

bestes Fabrikat, echt indigoblau, in Längen bis zu 3 Metern — 120 cm breit per Mtr. **39 ₰** — 140 cm breit per Mtr. **48 ₰**

Ein Posten
Läuferstoffreste per Meter **48 ₰ 68 ₰ 95 ₰**
nur solide Qualitäten

Ein Posten breite
Gardinenmusterreste jeder Rest **35 ₰ 57 ₰**
Ia. Tüll- und Reliefqualitäten

Ein Posten
Scheibengardinenreste jeder Rest **25 ₰**
darunter die besten Sachen

Seltene Gelegenheit!
Ein grosser Posten
Gummituch-Fabrikreste
nur gute und allerbeste Qualitäten
Serie I p. Meter **1.75** — Serie II p. Meter **2.75**

Ein Posten kleine
Gummituch-Reste jeder Rest **35 ₰**

Ein Posten schwarze
Schürzenpanamareste per Meter **85 ₰ 1.25**
in verschiedenen Längen

Ein Posten
Schürzensiamosenreste
in allen Längen — zu sehr billigen Preisen

Ein Posten
Sammet- und Seidenreste per Meter **85 ₰**
vorwiegend kleine Masse

951

S. Alsberg & Co.

Stadttheater.
Heute, abends 7½ Uhr:
Sodoms Ende.
Donnerstag, 18. Februar 1909, abends 7½ Uhr:
Novität! Novität!
Simson.
Sonnabend: Die Else vom Erlenhof.

Trinkt Aha's Excelsior! 83

Von der Reise zurück. 956
Zahnarzt Meine
Obernstrasse 36.

Hochzeits-Einladungen
liefert Buchdruckerei „Volkswacht".

Paletots, Anzüge
auf [376
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

Dalli-Seifenpulver
das Allerbeste für Wäsche u. Hausputz!

Deutscher Textilarbeiter-Verband
Filiale Bielefeld.
Sonnabend, den 20. Februar,
in den Räumen des Herrn Fr. Risch, Kurfürstenstraße:
Kappenfest,
verbunden mit humoristischen Einlagen. Anfang 8 Uhr abends. Eintritt für Herren 40 Pfg., Damen 30 Pfg. [950
Es ladet freundlichst ein
Der Festausschuß.

Wandkarte
von Deutschland
sowie
Spezialkarte der Provinz Westfalen
zum Hand- und Bureaugebrauch
sind in feinstem Stich und in 14 Farben auf holzfreiem Landkartenpapier gedruckt, mit Stäben und Oesen versehen
zum Vorzugspreise von 1 Mk. pro Stück
(Porto nach auswärts mit Verpackung 35 Pfg.)
in der Buchhandlung „Volkswacht" zu haben.

Die Geschäftsleute, die in der „Volkswacht" inserieren, wolle man bei Einkäufen berücksichtigen.

Nur solange Vorrat! für 27 Pfg. pro Pfund
Ia. Schweine-Klein-Fleisch
Köpfe und fleischige Pfoten, amtlich untersucht, von Landschweinen. Eimer 30 u. 50 Pfd. Postpaket M. 3.–. Alles ab Kiel. Nachnahme.
C. J. Michelsen, Kiel 163 (Holstein)

Henrik Ibsen
Dramatische Werke
übersetzt von
Wilh. Lange.
= 3 Bände. Preis 3 Mark. =

Inhalt des 1. Bandes:
Die Stützen der Gesellschaft.
Nora (ein Puppenheim).
Gespenster.

Inhalt des 2. Bandes:
Ein Volksfeind.
Die Wildente.
Rosmersholm.

Inhalt des 3. Bandes:
Die Meerfrau.
Hedda Gabler.
Baumeister Solneß.

Zu haben in der Buchhandlung „Volkswacht", Bielefeld, Schulstraße 20.

Die **Buchhandlung „Volkswacht"**, Bielefeld, hält zur Anschaffung empfohlen:
Neuer
Familien-Atlas
— 68 Karten —
Preis 1 Mark. Porto 20 Pfg.


Phonographen von 4.50 an
Sonstige Apparate, Walzen, Platten, sowie alle Musik-Instr. in grösster Auswahl.
Fr. Werpel, Herford
Spezialgeschäft [3960
für Musik-Instrumente.



Gratulationskarten
für alle Gelegenheiten stets größte Auswahl
Buchhandlung „Volkswacht".

[377
Möbel
auf
Kredit
L. Bech
Brunnenstr. 12a.

Abonnementspreis
für Bielefeld und Umgegend, wie bei sämtlichen Agenturen ins Haus gebracht 60 Pfg. monatlich. Durch die Post bezogen 1,80 Mk. vierteljährlich exkl. Bestellgeld.
Einzelnummer 10 Pfg.

Erscheinungstage
mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage täglich nachmittags

Fernsprech-Anschluß Nr. 353

Nr. 41.

Die heutige Nummer

Sozialdemokratie

Ig. Der Artikelschreiber wie den Lesern der „Volksw von einem „Umschlag gunsten der Bandero mit seinen Versuchen, die K Kreisen der katholischen Ar zu ziehen, kein Glück geha „Kölnischen Volkszeitung" führungen des in Rede st unrichtig, sondern der Arbeiter schädig Zuschrift bekennt ganz offe durch ihre Abwehr der gep ebenfalls einer „Stärkung gierungsvorlage" schuldig ge in dem ersten Artikel der gezogenen Schlußfolgerunge rechtweisung erfährt der L durch die Bemerkung, daß, der Interessenten gegen ein die Banderole begünstigt ob müsse, daß er die Artikel öffentlichungen anderer St einen Unterrichteten seien b möglich gewesen.

Das sind harte Worte, sonderlich erfreut sein wir Annahme, als ob ein Unwiss berichtet habe, die Sozialde zugunsten der Banderole, r Volkszeitung" ist ein zu ver hervorragende Stellung im trauen könnte, daß sie sic Tagesfragen von unwissend Und dann dürfte doch auch tung der Sozialdemokratie Bemerkungen den Artikel nicht hätte passieren lassen d Absicht damit verfolgt hätte.

Bestand diese Absicht da christlichen Tabakarbeitern such, wie die Zuschrift des zend vorbeigelungen. Wir — allerdings recht plumper im voraus zu entschuldigen, über die einzelnen Steuerp eine Erhöhung des Gewichts Alle Zeichen deuten darauf tive sich bemühen, sich auszu zwischen den liberalen und Frage der direkten Reichsst Klippe der Block zugrunde, d folger Bülows die dem Zentrum und de eine Vermehrung od ten Steuern. „Der kluge beizeiten darauf hinweist, da Form kommen wird, dann ist so groß! Das ungefähr wi schreibers gewesen sein, der Sündenbockes — nun di machen will, wenn die Bande

Oder sollte von diesen Bo falls nichts wissen? Sei d lichen Kampfesweise entsprich Gegnerin aller indirekten St gegen jede neue Belastung des eben dieser Belastung zu ver

Ein agrari

Die bestehenden Grenzsper riern noch immer nicht. Zwe gebung die Preise für Vieh, mittel kolossal gesteigert word dukte der Landwirtschaft und höhere Preise erzielen möchte Rahm, Butter, Käse Bundes der Landwirte noch auf der Tagesordnung des R denen Maßnahmen zur Prei gefordert wurden. Daß wir Agrariern ein unerträglicher

Nun sind für lange Jahr verträge gebunden. An eine rend dieser Zeit ebenso wenig einführung von Zöllen. Dies Zustand wird aller Voraussi Wenn nicht alle Anzeichen t binnen kurzer Zeit mit einer den Händen einer von den